

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Vertrieb: Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
des Amtsgerichtsmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonto: Dresden 1389
Vertrieb: Riesa Nr. 22.

Nr. 274.

Sonnabend, 25. November 1922, abends.

75. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 2,50.— Mark ohne Bringerlohn. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Grundschriftzeile (8 Silben) 25.— Mark; gelbdruckter und tabellarischer Satz 50%. Aufsätze, Nachweilungs- und Vermittlungsgebühren 6.— Mark. Feste Tarife, Bewilligung Rabatt erteilt, wenn der Betrag verhältnißmäßig durch Abgabe von Anzeigen eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsantrag hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder sonstiger irgendwelcher Eindrücke des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten. — Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Pöhner, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittsch, Riesa.

Mehrlieferung von Umlagegetreide betr.

Unter Voraussetzung auf Biffer 5 der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 21. Oktober 1922, Mehrlieferung von Umlagegetreide betr., wird bekanntgegeben, daß der Preis für das erste Drittel der Getreideumlage auf 1185 M. ohne Sach- und Lagerkosten festgesetzt worden ist.

Der Kommunalverband wird nunmehr mit der Ausschreibung der Mehrlieferung für das erste Drittel der Umlage in der Reihenfolge der gestellten Anträge beauftragt.
Großenhain am 25. November 1922. 1185 M. Amtshauptmannschaft.

Getreidepreise betr.

Die Preise für das erste Drittel der Getreideumlage sind mit rückwirkender Kraft für alle aus der Ernte 1922 getätigten Ablieferungen wie folgt erhöht worden:

Für die Tonne Roggen auf 28 800 M.
" " Weizen " 30 800 "
" " Gerste " 27 000 "
" " Hafer " 25 500 "

Die Wirtschaftsstelle des Kommunalverbandes in Großenhain wird auf Antrag den Unterchied auf die bereits zu den bisherigen Preisen abgelieferten Mengen mit mäßiger Berücksichtigung der Erzeugern nachprüfen. Bei der Antragstellung sind die Ablieferungsscheine mit vorzulegen. Der Antrag kann unter Vorlegung der Ablieferungsscheine mündlich oder schriftlich gestellt werden.

Bei der Geldknappheit empfiehlt es sich dringend, daß die Konten der einzelnen Erzeuger nach Möglichkeit ausgenutzt werden. Die schriftlich antragstellenden Erzeuger wollen deshalb in dem Antrag mit angeben, auf welches Konto sie den nachzuverwaltenden Betrag überwiesen haben wollen.

Im Interesse einer geordneten Abwicklung des umfangreichen Nachzahlungsgeschäftes wird weiter bestimmt, daß mündliche Anträge auf Zahlung der Nachverpflichtung nur vor-

mittags in der Zeit von 8—12 Uhr gestellt werden können. Die übrige Geschäftszeit muß zur Erledigung der schriftlich eingehenden Anträge vorbehalten bleiben.

Die Getreidekäufer des Kommunalverbandes wollen vom Erlaß dieser Bekanntmachung ab für das zur Ablieferung gelangende Getreide die obigen Preise zur Auszahlung bringen und den gezahlten Preis auf den Ablieferungsscheinen vermerken.
Großenhain am 25. November 1922. 1185 M. Amtshauptmannschaft.

Untermieterwohnungen betr.

1. Wir weisen hiermit zur Vermeidung erheblicher Nachteile erneut darauf hin, daß die Verpflichtung besteht, in allen Fällen das Freiwerden bzw. Freiwerden möbliert oder unmöbliert Unter Mieterwohnungen unverzüglich im Rathaus, Zimmer Nr. 14, zu melden.

In den Fällen des Freiwerdens durch Kündigung muß diese Meldung spätestens binnen 3 Tagen nach Kündigung bewirkt sein.

2. Vor Vermietung, Ueberlassung oder Ingebrauchnahme einer möblierten oder unmöblierten Unter Mieterwohnung ist die Erlaubnis des Wohnungsamtes erforderlich. Soweit von einer selbständigen Wohnung nur ein Raum möbliert an eine einzelne Person weiter vermietet werden soll, geben wir hiermit, wie dies bisher schon schriftlich angedeutet worden, zum allgemeinen Einverständnis, in jedem anderen Falle ist aber die besondere Genehmigung des Wohnungsamtes einzuholen. Die Nichtbeachtung dieser Bestimmungen würde sowohl für den Mieter wie den Untermieter die Bestrafung auf Grund des § 16 der Landeswohnungsordnung zur Folge haben.

Rat der Stadt Riesa, am 23. November 1922.
Der Gaswerksauschuss hat beschlossen, den Gaspreis mit Wirkung vom 1. November 1922 ab auf

75,00 M. für 1 cbm

festzusetzen.
Gröba (Elbe), am 24. November 1922.

Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sächliches.

Miesa, den 25. November 1922.
— Lichtbilder. Porträts des Bundes-
vereins Sächsischer Heimatklub. Am zweiten
Heimattag voran behandelte Herr Oberstudienrat Prof.
Dr. Otto Eduard Schmidt, der verdienteste Verfasser der
„Sächsischen Streifzüge“, das unter sächsischer
Führung, Unterleitung durch eine große Anzahl praktischer
Vorkämpfer der Heimatsache Redner in reichlicher und gemäßigter
Weise die Heimatgeschichte von Götterzeiten bis zur
unserer Tage vorüberziehen. Bilder vom Strom, von
Bergen und Schläffern, von Siedlungsformen, von Bergen
und Tälern brachten in anschaulicher Art, daß dieses
Gebiet unserer Heimat, das uns so nahe liegt, viele Schön-
heiten birgt, insbesondere die Landschaft des Granitmasses
zwischen Coswig und Dörfchen, die z. T. etwas Perseusches
an sich hat. Von den vielen Bildern, die uns erfreuten,
seien nur einige genannt: Götterzeiten, Siedlungsformen
und Schwarzenberg — die Burgen der deutschen Romantik, die
Aufnahmen von der Insel Maueritz, von Dörfchen, Senklich
und Dörfchen. Mit besonderer Liebe verweilte der Vor-
tragende bei Weissen, dieser erinnerungswürdigen Stätte, von
der nicht nur ein gutes Stück sächsischer, sondern auch
deutscher Kultur ihren Ursprung genommen hat. Ein Genuß
für sich waren die Bilder Ostarr Reichs mit ihrer
hellen Färbung der Weisker Landchaft — im Gegensatz
zur volkstümlich-waldigen Aufnahmeweise eines Ludwigs
Nichter. Der Vortrag, dem mehr als tausend Zuhörer
lauschten, fand äußerst lebhaften Beifall. Kein Wunder! —
traug er doch in hervorragender Weise dazu bei, die Liebe
zur heimatischen Landschaft unseres Stromes zu wecken und
zu vertiefen. — Am Schluß seiner Wanderfahrt berührte
der Redner auch unsere Heimatorte Riesa-Gröba. Dabei
wurden auch einige von Herrn Oppel zur Veranschaulichung
gestellte neue Aufnahmen von Teilen des Klosters und Ansichten
des Verkehrslebens auf der Elbe gezeigt. Da die hieran
gemachten Ausführungen des Vortragenden besonderes
Interesse erregten, seien sie hier mündlich angeführt.
Es.
Wo die Jahna aus ihrem an behäbigen Tälern und
schönen Terrassen so reichen Tale die Elbe erreicht,
stiftete Bischof Dietrich von Raumburg um 1119 das
Benediktinerkloster Riesa. Daran wuchs all-
mählich ein deutsches Strahlenort an, aus dem sich ein
Marktflecken entwickelte. Aber erst als sich die Leipzig-
Dresdener Eisenbahn, das blaue Gelände von Weissen
und Lommatzsch meidend, seit 1837 bei Riesa den Elb-
strom überquerte, wurde Riesa 1859 wirklich zur Stadt
und bekam selbst als archaischer Eisenbahnknotenpunkt
eine stetig wachsende Bedeutung. Eine weitläufige Stadt-
verwaltung hat 1874 das Rittergut, das ist das ehemalige
Kloster, in städtischen Besitz gebracht und zum Mittelpunkt
der städtischen Verwaltung gemacht. Später kam der auf
Brosamer Flur an der Mündung der Dölnitz angelegte
Elbhafen mit seinen umfangreichen Quais, Speichern
und Petroleumniederlagen hinzu. Riasas Wichtigkeit wird
noch weiter wachsen, wenn es dereinst an das großdeutsche
Kanalsystem angegliedert sein wird. Schon jetzt hat es mit
seinem weit ausladenden Wasserturm, seinem breit auf-
ragenden Kirchturm und seinen zahlreichen im Strom und
Dänen verankerten Frachtschiffen etwas Niederdeutsch-
Sächsisches an sich. Eine auffällige Parallele zur Entwicklung
von Riesa bietet auf sächsischem Boden die ergiebige
Stadt Aue. Auch Aue liegt an der Mündung eines kleineren
Gewässers in ein größeres, des Schwarzwassers in die Mulde,
auch Aue ist aus einem Kloster hervorgegangen, das der
Auer Friedrich Barbarossa im Jahre 1173 ins Leben rief,
auch Aue ist erst im 19. Jahrhundert aus ländlichen Ver-
hältnissen in städtisches Leben fortgeschritten. Wie Riesa
zu Beginn des 19. Jahrhunderts 900 Einwohner zählte,
so hatte Aue damals 770, um 1860: 1700, aber im Jahre
1900: 17000 und jetzt über 25000. In Aue und in Riesa
hatte der Scharfblick der mittelalterlichen Weltlichkeit und
ihrer Berater Punkte herausgefunden, die sich heute erst
im Zeitalter der Eisenbahnen zu bedeutenden Verkehrs-
plätzen ausmachten. Hier wie dort ist das Kloster die
eigentliche Ursprung der Stadt. Drum lassen Sie uns dem
Rieser Kloster, wenn es auch längst weltlichen Zwecken
dient, noch einen Augenblick unsere Teilnahme widmen.

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 7206 Mark.

Besonders hervorheben möchte ich den Nordbau und den
Westbau als künstlerisch wertvoll und edelmütig durch die
romantischen, nach innen schließend angelegten Fenster,
vor allem aber das Bild eines eigenartigen Fundes, der im
Jahre 1919 bei der Abtragung einer starken Mauer des
Westflügels im Wirtschaftshof des Rathauses zum Vorschein
kam. Es war ein feiner Rest antiker rings ummauerter
Eisenkammer von etwa 30 Zentimeter Durchmesser und
3', Meter Höhe. Dieser Stamm wurde bei den Bauarbeiten
an seiner Stelle belassen, und durch eine Holzbohle gesichert
ragt er über das übrig gebliebene Mauerstück empor. Er
ist für die Baugeschichte des Klosters von größter Wichtigkeit,
denn da der Stamm augenscheinlich keine konstruktive Be-
deutung für den Bau hatte, so muß man ihn wohl als ein
Reliquium betrachten, das absichtlich mit in das Kloster ein-
gebaut wurde. Vielleicht ist er der Rest eines heiligen
Holzes der umwohnenden Slaven, den man einbehalten hat,
um die Neubewohner an den Besuch der Klosterkirche zu
gewöhnen. Da die jetzige Klosterkirche außerhalb des alten
Klosterbereiches liegt und in ihrem Baubestand kaum über
das 16. Jahrhundert zurückgeht, so besteht die Möglichkeit,
daß der Eisenstamm die Stelle angeht, wo die erste kleinere
Klosterkapelle gestanden hat.

— Öffentliche Sitzung des Schulausschusses
In der gestern abend abgehaltenen öffentlichen Sitzung des
Schulausschusses widmete Herr Bürgermeister Dr. Scheiber
vor Eintritt in die Tagesordnung dem am 16. November
verstorbenen Leiter der Knabenschule, Herrn Schuldirektor
Frischke, einen warmempfindenden Nachruf. Die Mitglieder
des Ausschusses hatten sich zu Ehren des Verstorbenen von
den Wägen erhoben. Ferner gab Herr Bürgermeister
Dr. Scheiber dem Ausschuss Kenntnis von einem Dank-
schreiben der Frau Schuldirektorin Frischke. Alsdann be-
grüßte er diejenigen Herren, die neu in den Schulausschuss
eingetreten sind und sprach den Wunsch aus, daß ihre Mit-
wirkung im Ausschuss der Schulgemeinde zum Wohle
dieser möge. — An dem katholischen Feiertag Allerheiligen
sind eine Anzahl Kinder der hiesigen Volksschulen dem
Unterricht ferngeblieben, obwohl sie bzw. ihre Eltern über
die Strafbarkeit dieser Schulverläumdungen aufgeklärt ge-
wesen sind. Der Schulausschuss beschloß, das Vergehen
dieser Eltern als einen eigenmächtigen Eingriff in die Ord-
nung der Schule zu betrachten und deshalb Strafantrag zu
stellen. — Zur Beratung kamen mehrere Anträge zum Haus-
haltplan. Angenommen wurde der Vorschlag des Schul-
beirates, die im diesjährigen Haushaltsplan eingetragene
Summe von 92 500 M. zur Beschaffung von Lehrmitteln usw.
entsprechend der Geldwertveränderung auf 629 000 M. zu
erhöhen. — Die Verteilung von Wandtafelkästen an den
Wänden der Knaben- und Albertschule soll erst im nächsten
Jahr ausgeführt, in den diesjährigen Haushaltsplan für
diese Arbeiten aber bereits eine Rate von 100 000 M. ein-
gestellt werden. Die Beschaffung von Vorhängen in der
Albertschule, die Einriedigung des Vorplatzes der Knaben-
schule und die Beschaffung von Bänken für die Knaben-
schule wurden aus Sparmaßregeln auf spätere Zeit
zurückgestellt. Angenommen wurde noch ein Antrag, einen
Betrag zur Anschaffung von zunächst 10 Melkbrettern, die
gegen Leihgebühr an einheimische Fortbildungsschüler ver-
leihen werden sollen, in den diesjährigen Haushaltsplan
einzustellen. — Nach einem Gutachten des städtischen Schul-
beirates schlägt der Schulausschuss vor, von Ostern 1923
ab die Bezirksbildung innerhalb der Mädchen-
schule dergehalt durchzuführen, daß als Trennungsklassen
die Schul- und Parkstraße gelten und die Kinder von der
Schulstraße nach zur Carolaschule und die Kinder von der
Parkstraße nach zur Albertschule gehören. Als Ausgleich-
gebiet haben zu gelten in erster Linie die Häuser zwischen
Schul- und Schulstraße, wenn Kinder für die Carolaschule
in Betracht kommen, und die Häuser zwischen Park- und
Niederlagstraße, wenn Kinder für die Albertschule in Be-
tracht kommen. Ausnahmen sollen nur auf Grund schulärzt-
lichen Gutachtens möglich sein. Darnach gehören also die
Kinder des Stadtgebietes westlich der Schul- und Parkstraße
nach der Carolaschule, die Kinder des Stadtgebietes östlich
dieser Straßen zur Albertschule. — Wegen der Durchführung

des Schulbedarfes in Riesa und der hierdurch erforder-
lich werdenden Errichtung neuer Lehrerklassen Ostern 1923,
sowie wegen der Genehmigung der alsdann noch vor-
bleibenden Unterrichtsstunden soll der Bezirks-Lehrerrat gehört
werden. Das Ministerium soll gebeten werden, zu geneh-
migen, daß für den Handfertigkeits-, Koch-, Haus-
haltungs- und Nadelarbeitsunterricht an den Volksschulen
Gruppenunterricht eingerichtet werden kann. Bei Gelegen-
heit der Ausschreibung der durch den Tod des Herrn Schul-
direktor Frischke freigewordenen Lehrerklassen sollen gleich-
mehrere Stellen ausgeschrieben werden. Lehrkräfte, die auf
dem Boden der Arbeitsschule stehen, sollen den Vorrang er-
halten. — Herr Furman macht darauf aufmerksam, daß die
Verlegung der Quaderstele auf die Abendstunden
sich nicht bewährt habe. Herr Bürgermeister Dr. Scheiber
bestätigt das, er wolle aber, ehe er ein bestimmtes Urteil
abgibt, erst nochmals genaue Erkundigungen einziehen.

— E. R. Zum Totenfest. Der Totensonntag führt
unser Gedanken mit leiser Hand an die Stätten, wo
unser Toten schlafen. Es wird manchem Alten, Kranken
und Armen, Vereinsamten und von den Menschen Ver-
lassenen gerade angesichts der Notlage unseres Volkes fast
wie ein Ruf antommen: „Die ruben gut!“ Aber ein beklüm-
mertes Gemüt sucht die Lebendigen nicht bei den Toten,
sondern blickt empor zur Heimat der Seelen bei Jesu im
Licht. „Mag auch die Liebe weinen, es kommt ein Tag
des Herrn.“ In dieser Andachtsstunde hält die vernünftige
Seele so gern verzwiegene Zwiegespräche mit den Ver-
stärkten, was sie wohl den Hinterlassenen zu sagen haben
zu Hoffnung und Trost. Wenn das Herz recht still
geworden ist, geborham und ergeben unter den großen
Gotteswillen, dann hört es doch die alte traurige Stimme,
die ewige Heilandsstimme: Sei getroßt, Ich bin es! Und in
den einsamen Nächten, auf den vermalten Wägen hört die
Seele seinen Ruf: Ich bin bei euch, Ich bin mit dir.
Und über den ehrwürdigen Leidenskampf und Heimgang
unserer Abgeschiedenen klingt das Lied der Erlösten mit
dem Siegeswort des Lebensfürsten: Ich habe die Welt
überwunden! G. F.

— Die Schmetterlingsflucht. Schauspiel
in 4 Akten von Hermann Sudermann — dem echten Volks-
dichter —, gelangt Sonntag, den 26. November (Toten-
sonntag) im Hotel Söpler, Riesa, zur Aufführung. Ein
Wort von erschütternder Gewalt und Größe. Der Kampf
einer Mutter mit 3 Töchtern um ihr Dasein. Die Haupt-
rollen liegen in den Händen der Damen Schendler, Riesa,
Walter, Wäntsch und der Herren Helmig, Voss, Breiting,
Weiß. Der Abend kann auch dem verwöhnten Theater-
besucher empfohlen werden.

— Gottfried Keller. Abend. Wie bereits im
Anzeigenteil bekanntgegeben, wird Heinz Danke, im Auf-
trag des Vereins für Volksbildung und Kunstpflege, am
Montag, den 27. November, im Festsaal der Oberrealschule
frei aus dem Gedächtnis die Märchenverählung „Epicus-
das Rädchen“ vortragen. Einlaß findet von 7^{1/2} Uhr an
statt. Nach 8 Uhr kann niemand herein gelassen werden,
weil die Türen geschlossen und die Lampen im Zuschauerraum
gezündet werden. — Der Volksbildungsverein bietet mit
dieser Veranstaltung eine intime Feierstunde, die kein
Freund feinsinnigen Humors verdamnen sollte, wie ihn
Gottfried Keller in dieser Novelle darbietet. — Eine Anzahl
Eintrittskarten zu je M. 25.— sind noch in den Ver-
handlungen Munkelt-Riesa und Jengsch-Gröba zu haben.

— Fahrraddiebstahl. Heute mittag gegen
11.30 Uhr ist vor dem Grundstücke Hauptstraße 29 ein gut-
erhaltenes Herrenfahrrad Marke Brennabor, schwarzer
Nahmenbau, gelbe Felgen und Schubleiche, die mit schma-
len schwarzen Streifen abgeleitet sind, nach unten gebogene
Lenkstange mit Vorbau und verbrauchten Reifen, Pedale mit
Bedereinfach, langer brauner Lederfelle, an dem die Feder-
nieten inkrandigungsbedürftig sind, Doppelbohrhahneln
mit Radreifenlack und guterhaltener Gummibereifung,
Wert 20 000 Mark) gestohlen worden. Besondere Kenn-
zeichen: an der vorderen Gabel ist an einem Teile die Löt-
naht geplatzt, die Kette sitzt leicht auf und der Freilauf über-
springt. Als Täter kommt ein 25 bis 28 Jahre alter
Wann mit grauer Militärkappe, schwarzer Hose und dunkel-
blauer Schiffermütze in Frage. Für die Ermittlung des
Täters und die Wiedererlangung des Rahms sind 2000 M.

Belohnung ausgesetzt. Etwaige Wahrnehmungen sind beim hiesigen Kriminalkollern (Rathaus) zu melden.

— **Liederabend von Dorf Krauke.** Nächsten Mittwoch, den 29. November, wird Herr Dorf Krauke, gleichsam als Abschluss seiner beruflichen Ausbildung bei dem Hiesigen Theater, in der Elbterrasse (Anfang 8 Uhr) einen Liederabend abhalten. Wir möchten schon heute auf diesen anerkennenden Abend hinweisen und den Besuch sehr empfehlen, zumal sich Herr Krauke jederzeit in höchst ungelieblicher Weise in den Dienst der Wohltätigkeit gestellt hat.

— **Operetten-Aufführung.** Einen vollen Erfolg konnte der W. G. „Sängerkrans“ auch mit der gestrigen öffentlichen Wiederholung seiner Operette „Winterlied“ buchen. Wenn schon die vorhergehenden Aufführungen sich besten Besuchs zu erfreuen hatten, so bewies der diesmalige Andrang erneut, daß die Darbietungen ihre Wirkung nicht verfehlt haben. Ein guter Teil der Anwesenden, die Einladung beehrten, mußte infolge Platzmangels zurückgewiesen werden. Die Operette selbst und deren Darstellung sind bekanntlich an dieser Stelle mehrfach besprochen worden, auf Einzelheiten einzugehen, dürfte sich demnach heute erübrigen. Immerhin soll nicht unerwähnt bleiben, daß den Besuchern wiederum einige Stunden höchstlicher Unterhaltung geboten worden sind. Dem Dirigenten, Herrn Kurt Wölle, sowie den Trägern der Hauptrollen wurden Blumenpenden überreicht und langanhaltender stürmischer Beifall am Schluß der Aufführung konnte von all den wackeren Mitwirkenden als wohlverdienter Dank entgegengenommen werden.

— **Die Allgemeine Ortskrankenkasse Br 5 a** hielt am 16. November 1922 in der Zentralschule Gröba ihre Jahreshauptversammlung ab. Zu Punkt 1 stand die Beschlusfassung über den 8. Satzungsantrag an, der in der vorgelegten Fassung einstimmig angenommen wurde. Neben den Zeitverhältnissen entsprechend notwendiger Erweiterung verschiedener Leistungen enthält der Nachtrag die Erhöhung der bisherigen Grundlohnobergrenze von 240,00 auf 300,00 Mk. Wenngleich sich die Ausgaben damit außerordentlich steigern werden, so mußte dabei beachtet werden, daß diesen gesteigerten Anforderungen auch die nötigen Ausgaben gegenüberstellen müssen. Ob die neue Einteilung den immanenten Ausgaben gegenüberhalten kann ist durch neue und hohe Forderungen, insbesondere seitens der Ärzte, wieder sehr fraglich geworden. Daß glaubt man dem Wunsch der Mitgliederentscheidung zu müssen und von einer Beitragserhöhung zunächst abzusehen. Ferner enthält der Nachtrag einen neuen Versicherungsschnitt und zwar die zeitliche Versicherung der Hausarbeitsbetreibenden, deren Inkrafttreten für 1. Januar 1923 in Aussicht genommen ist. Zu Punkt 2 gelangt der ebenfalls aufgestellte 2. Nachtrag zur Dienstordnung zur Beschlusfassung. Mit zwei Ergänzungen fand dieser Nachtrag einstimmige Annahme. Der vorliegende Voranschlag für 1923 bilanziert in Einnahme und Ausgabe mit 40064500,00 Mk. Wie in den letzten Jahren so ist auch diesmal durch die unbestimmten Zeitverhältnisse, sowie Veränderung der Grundlohn eine Basis nicht vorhanden. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen. Zu Punkt 4 wurden als Kommission zur Prüfung der Jahresrechnung 1922 die Herren Wiegand, Döschner und Wiegand gewählt. In der anschließenden weiteren Aussprache verlor man besonders den Zweck, noch mehr Aufsicht unter der Mitgliederentscheidung zu betreiben, damit eine weitere finanzielle Belastung, wenn nicht gar Geheißung der Kasse abgemindert werden kann.

— **Ab Montag, den 27. November 1922** führt G. 7404 an Werktagen Personenbeförderung 4. Klasse von Brückwitz bis Meisa.

Abfahrt in Brückwitz	12.13 nachm.
„ „ „ Meisa	12.38 „
„ „ „ Langenberg	12.44 „
Ankunft „ Meisa	1.01 „

— **Die Gewerbekammer Dresden** hielt am 23. November 1922 eine nichtöffentliche Gesamtsitzung ab, in der vor Eintritt in die Tagesordnung Stellung genommen wurde zu den in den letzten Tagen in Dresden vorgenommenen Unruhen und Wänderungen. Als Ergebnis dieser Stellungnahme wurde folgende Eingabe an das Staatsministerium gerichtet: Die in den letzten Tagen stattgefundenen Unruhen und Wänderungen haben besonders in den uns angehörenden Kreisen die größte Enttäuschung hervorgerufen. Diese Enttäuschung ist umso größer, nachdem durch die Mitteilung der Staatskanzlei bekannt geworden ist, daß die Wänderer in der Mehrzahl Jugendliche und noch der Fortbildungspflicht unterliegende Personen waren, die im Falle größerer Geldmittel gewesen sind, sodas ihre Handlungswelt nicht durch die Not geurteilt wurde. Die wirtschaftliche Lage der Allgemeinheit wird durch solche nichtsnutzige Verbreden arg geschädigt, die direkt angegriffenen oder sonst von den Unruhen Betroffenen werden in ihrer wirtschaftlichen Stellung stark erschüttert, wenn nicht gar zu Grunde gerichtet. Wir machen uns zum Sprachrohr der von uns vertretenen Kreise, die einen wirksamen Schutz vor derartigen der wirtschaftlichen Existenz des Handwerks, Handels und Gewerbes auf das schwerste schädigenden verführerischen Elementen verlangen, und fordern insbesondere schnelle und strenge Bekämpfung aller Schuldigen, insbesondere auch der Anstifter. Wir erklaren darin ein sehr wirksames Mittel, in Zukunft die Lust zu solchen Gewalttätigkeiten zu unterbrechen. Die städtischen Kollegien wurden gebeten, diese Eingabe nachdrücklich zu unterstützen. — Nach Erstattung eines eingehenden Geschäftsberichtes durch den Syndikus Dr. Kluge wurden die Jahresrechnungen richtiggeprüft. Sodann wurde der Genehmigung einer einmaligen Beihilfe für den Verein für öffentliche Rechtsauskunft in Dresden zugestimmt und einem Antrage des Landesverbandes f. d. Wagenbauer- und Stellmacher-Zünfte entsprechend eine 3/4-jährige Verzögerung im Stellmacher-Handwerk festgesetzt. Ferner beschloß die Kammer, sich bei der Gründung eines Vereins zur Übernahmung der Bezirksstelle Sachsen des Forschungsinstituts für rationelle Betriebsführung im Handwerk in Karlsruhe zu beteiligen und die Mitwirkung bei der Durchführung des Hilfswerks „Deutsche Notgemeinschaft“ in Aussicht zu stellen. Des weiteren trat die Kammer für die Erhöhung der Grenze der amtserichtlichen Zuständigkeit auf 100000 Mk. ein und sprach sich gegen jede Erweiterung des Preisauszeichnungswanges für Schaufensteranlagen bei allen Waren des notwendigen Lebensbedarfes aus. Den Schluß der Tagesordnung bildeten ausführliche Berichte des Kammermitgliedes Dresden des Reichswanderungsamtes und des Ortsausschusses Dresden für Kriegsveteranen Angelegenheiten.

— **Ein Milchhöchpreis für ganz Sachsen?** Es verlangt, daß das sächsische Wirtschaftsministerium beschließt, bereits in der nächsten Woche keinen Milchhöchpreis für ganz Sachsen festzusetzen.

— **Der Milchpreis.** Der engere Vorstand des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Sachsen dem 21. November angeschlossen sind, hielt am Donnerstag eine Sitzung ab, um zur Milchpreisfestsetzung Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende entwickelte die Richtlinien, nach denen die Kommission bisher bei der Preisfestsetzung verfahren sei. Auf Grund der amtlichen Butternotierungen werden die Milchpreise fest alle acht Tage geregelt. Der Vertreter des Wirtschaftsministeriums Oberregierungsrat Wittgenstein erklärte, die Regierung schätze die jetzigen Preise nicht, rüde weit von ihnen ab und warne vor einer übermäßigen Erhöhung. Vor einigen Eingreifen soll

die Stellungnahme der Verbraucherkammer abgewartet werden. — Das Ergebnis der Sitzung war folgender Beschluß: Der Vertreter der Regierung wird gebeten, das Ministerium zu ersuchen, unbefristlich in Gemeinschaft mit der Spitzenvertretung des Milchwirtschaftlichen Landesverbandes Einzelverträge für Milch und Milchzuckerstoffe für ganz Sachsen festzusetzen, damit die Verwirrung in der Milchversorgung und Preisregelung nicht noch größer wird. Ferner beschloß der engere Vorstand, eine weitere Preisfestsetzung auszusetzen.

— **Keine Veränderung des Ortsklassenverzeichnisses.** Gegenüber neuerdings wieder auftauchenden Gerüchten wird von amtlicher Seite festgestellt, daß eine Veränderung des Ortsklassenverzeichnisses auf der bisherigen Grundlage von der Reichsregierung zurzeit nicht beabsichtigt wird.

— **Schwierigkeiten im Betriebe der Elb-Überfahren.** Eine Dresdner Korrespondenz berichtet die folgende Meldung: Die miltliche Lage, in der sich gegenwärtig ohne Ausnahme alle Verkehrsunternehmen, vornehmlich aber elektrische Bahnen und Schiffahrt befinden, hat bereits zu recht empfindlichen, ja bedenklichen Einschränkungen, teilweise auch gänzlichen Einstellungen im Ueberfahrbetriebe auf der Elbe geführt. In der Nähe der Elbbrücken wird in die Einschränkung oder auch die gänzliche Einstellung des Ueberfahrbetriebes vereinzelt leichter ertragen, während andererseits aber in Gegenden, wo keine Brücken vorhanden sind, derartige Einschränkungen, resp. Betriebseinstellungen als eine schwere wirtschaftliche Schädigung empfunden werden. Wegen der hohen Kosten für Kohle und sonstigen Betriebsstoffe müßten verschiedene Dampfer und Motorboote außer Betrieb gesetzt werden, der Ueberfahrbetrieb wird vorläufig durch Rähne, wenn auch stark beschränkt, aufrecht erhalten. Um sein Leben zu fristen, fährt der Pächter der Rähner Ueberfahre nur an einigen Tagessunden mit seinem Rähne über die Elbe, während der anderen Zeit mußte er sich anderen Nebenverdienst suchen. Die altbekannte Ueberfahre an der Schloßbrücke zu Lebnitz wurde gänzlich stillgelegt. Letztere seit langer Zeit von dortigen ... mit aus betrieben und unterhalten. Die Schiffwerk hat aber den Pachtvertrag mit dem Staat wegen der fortgesetzten großen Zuschüsse nicht wieder erneuert. Der daraufhin erworbene Pächter Pähler konnte den Betrieb eben wegen der hohen und vielfachen Kosten nicht aufrecht erhalten. Mit Rähnen an seiner Stelle überzuführen ist unmöglich, weil vor der Wert, und besonders wegen der Nähe des König-Albert-Damens auf jener Stromstrecke oft ganze Schlepplätze stehen, und andere Rähne in großer Zahl verankert sind. Die beispielsweise auf der Schiffwerk Lebnitz beschäftigten Arbeiter müssen nun, soweit sie auf dem linken Elbufer wohnhaft sind, entweder bis zur Wiltener Ueberfahre oder bis nach Coita laufen, um am dortigen Ausschiffungsplatz überzusetzen. Was dies für Unzulänglichkeiten aller Art zur Folge hat, braucht gar nicht erst besonders erwähnt zu werden. So schwierig die Lage der einzelnen Ueberfahrbetriebe ist — es waren nur zwei Beispiele — angeführt, so dringend muß aber die Aufrechterhaltung der Ueberfahrbetrieblichkeit im Interesse der jeweils beteiligten Bevölkerungstriebe gefordert werden.

— **Die Kosten der Landtagswahl.** Die Gemeinden, die die Erhaltung von Wahllokalen gemäß § 22 des Bundeswahlgesetzes beantragen, haben ihre Berechnungen darüber mit den zugehörigen Belegen bis zum 4. Dezember an die vorgelegte Verwaltungsbehörde (Kreis- oder Amtshauptmannschaft) einzureichen. Der Staat hat nur die Kosten für die Ermittlung des Wahlergebnisses zu tragen. Alle weiterschleppenden Forderungen müssen daher abgelehnt werden.

— **Die Demokraten zur Regierungsbildung.** Der Landesausschuß der Deutschen Demokratischen Partei hielt Mittwoch, den 22. November, seine erste Sitzung nach den Landtagswahlen ab. Ueber die politische Lage in Sachsen nach den Landtagswahlen vertrat sich in längerer Ausführungen Amtsdirektor Dr. Senfert. Dem Referat schloß sich eine sehr ausführliche Aussprache an, die in allen wesentlichen Punkten eine volle Ueberstimmung der Partei über die einzufolgende Politik ergab. Die Zusammenkunft des am 1. Dezember zusammenzutretenden Landtages bedeute für die Demokratische Partei keinen Anlaß, ihrerseits die Initiative in der Frage der Regierungsbildung zu ergreifen. Ihre Stellungnahme zu diesem Problem sei durch die Verfassung klar vorgezeichnet. Eine Regierung, die — und sei es auch nur teilweise — nicht auf dem Boden der Verfassung stehe, werde von der Demokratischen Partei bekämpft werden; eine verfassungsmäßige Regierung werde die Partei zu sachlicher Mitarbeit bereit finden. Falls die parlamentarischen Verhältnisse die Partei zur Oppositionstellung zwingen, werde sie auch in dieser Oppositionstellung kräftig positiv zu wirken bestraft bleiben.

— **Beispielwiesen in Sachsen.** Der Landes-kulturrat beschloß, Beispielwiesen in ganz Sachsen einzurichten, durch die der Beweis geführt werden soll, daß der Ertrag unterer Wiesen erheblich gesteigert werden kann und daß die Landwirtschaft dadurch in der Lage ist, sich in Bezug auf die so nötige Bekämpfung der Futtermittel vom Auslande unabhängig zu machen. Es wird angekrebt, möglichst in jedem Orte eine derartige Beispielwiese in Größe bis zu einem Hektar einzurichten. Für die Vorarbeiten werden die Oekonomiekommisare des Landes-kulturrates und die Wirtschaftsbereiter unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Kosten der Einrichtung, eingeschlossen die Düngung des ersten Jahres, werden als Darlehen gegeben, das 3 Jahre zinsfrei bleibt und alsdann verzinst und in möglichst kurzer Zeit getilgt werden soll. Anträge für Einrichtung solcher Beispielwiesen sind an den Landes-kulturrat zu richten.

— **Hengstföhrung.** Befehl von Döngeln, die im Jahre 1923 zum Veden von Stuten Verwendung finden sollen, haben ihre Hengste bis zum 15. Dezember bei der Amtshauptmannschaft, in bezirksfreien Städten beim Stadtrat zur Föhrung anzumelden.

— **Obst und Kartoffeln von der Güter-tarifherabsetzung betroffen.** Die am 1. Dezember dieses Jahres eintretende Erhöhung der Gütertarife bezieht sich nicht auf Kartoffeln und Obst; hierfür bleiben die bisherigen Sätze weiter in Kraft. Zur Regelung des Sprenggut-Tarifes wird ferner die Mindestgrenze von 10 auf 5 kg herabgesetzt. Im übrigen ist mit Rücksicht auf die starken Tarifherabsetzungen der letzten Zeit in einem Sonderauslaß der Tarifkommission eine Verringerung der Güter-tarifabstufungen vorbereitet worden, die die Verbilligung der Frachten für eine Anzahl von Gütern, insbesondere für Lebensmittel, und die Ermäßigung der Stück- und Kilogradschwermet. Die Zeit des Inkrafttretens dieser Maßnahmen, die noch mit Verkehrsabverhandlungen beraten werden, steht noch nicht fest.

— **Dresden.** In der Stadtverordneten-Sitzung am Donnerstagabend kamen, wie zu erwarten war, auch die Demonstrationen und Wänderungen vom vergangenen Sonnabend zur Sprache. Oberbürgermeister Blüher sagte in seiner Antwort auf eine Anfrage u. a. Nach dem Kumul-schuldengesetz von 1920 beständen wegen der vorgekommenen Wänderungen Erlassensprüche an das Reich, allerdings mit der Einschränkung, daß ein Anspruch auf Entschädigung nur dann bestehe, wenn ohne diese Entschädigung das Fortkommen des von den Wänderungen Betroffenen erschwert werde. Das Reich sei aber berechtigt, zur Aufbringung der Kosten die Länder und Gemeinden anteilig heranzuziehen und zwar mit vier Zwölfteln. Ferner mit zwei Zwölfteln,

eine Haftung der Stadtgemeinden über die zwei Zwölftel hinaus könne um so weniger in Frage kommen als die Sicherheitspolizei in Dresden dem Staate unterstehe. Infolgedessen werde die Angelegenheit sehr bald den neuen Landtag beschäftigen. Die Polizeibeamten seien übrigens vor eine nahezu unumgängliche Aufgabe gestellt worden, wenn man in solchen erregten Zeiten erst tausende von Menschen auf die Straße lasse und dann von den Polizeibeamten verlange, den Ausschreitungen entgegenzutreten. Es wäre richtiger gewesen, von vornherein alle Ansammlungen und Umzüge zu verbieten. Die deutschnationale Stadtverordneten-Gruppe beantragte in dieser Angelegenheit, für wirksamen Schutz der Dresdner Bürgerchaft vor Wänderungen Sorge zu tragen und die an dem Verlegen des polizeilichen Schutzes schuldigen Beamten zur Verantwortung zu ziehen. Die kommunistische Gruppe dagegen verlangte Auskunft darüber, auf wessen Veranlassung die Polizeibeamten mit Gummischlägern und blanker Waffe losgeschlagen haben und forderte, diese Beamten zur Rechenschaft zu ziehen. — Während der heftigen Unruhen sind im ganzen 87 Personen verhaftet worden.

— **Wilsdruff.** Die Stadt will einen Umbau ihres elektrischen Stromnetzes vornehmen lassen. Die angekauften Berechnungen ergaben, daß der Umbau etwa achtzig Millionen Mark kosten würde. Die Stadt wird sich nun die Sache noch einmal reiflich überlegen.

— **Wittweida.** In der Nachbargemeinde Frankenaun spielte sich eine große Kartoffeldemonstration durch etwa 200 Wittweider Arbeiter ab, die ihre Vertragskartoffeln von mehreren Landwirten noch nicht oder in erschwerem und verkauften Zustande erhalten hatten. Die Leute brangen zunächst gewaltig beim Gutsherrn Kluge ein und zwangen diesen nach Unterlassung sämtlicher Rühme zur Herausgabe von 68 Zentner Kartoffeln und zur sofortigen Abfuhr nach Wittweida. Dann ging es nach den Gehöften der Gutsherrn Fischer, Naumann und Kluge, die gleichfalls sofort mehrere Zentner Kartoffeln liefern mußten. Bei letzterem wurde wieder gewaltig eingedrungen. Die von Waldheim requirierte Gendarmrie traf in zwei Automobilen ein und sorgte für Ruhe.

— **Großschönau.** Hier fand eine Protestdemonstration gegen die hohen Lebensmittelpreise statt. Die Erzeugung richtete sich besonders gegen einen Milchhändler, der die Milch mit 126 Mark für das Liter verkaufte, obwohl er sie für 50 Mark vom Bauer erhandelt hatte.

— **Chemnitz.** Am Mittwoch wurde auf der Straße von Griesbach nach Schwarzenstein ein Lastauto der Post-Gesellschaft Chemnitz von einem Eisenbahnwagen der Linie Chemnitz-Weipert überfahren. Der vordere Teil des Autos wurde vollständig zertrümmert, die Maschine des Führers erheblich beschädigt. Der Führer des Autos kam mit leichten Kopfwunden davon.

— **Rwickau.** Auf dem Erwerbigenischen Steinkohlen-attleinere, dessen Belegschaft sich am 10. November durch Streik und Gewalttätigkeiten gegen die Direktion einen Lohnvorzuschuß von 2000 bis 3000 Mk. pro Mann je nach Lebensalter erwungen hatte, kam es gestern früh abermals zu einer Arbeitseinstellung auf dem Vertrauensschicht. Die Belegschaft forderte, daß ihnen der am 10. November ertrögte Vorlohn vom Lohn nicht nachträglich wieder abgezogen würde, sowie Zahlung der gestrigen Streikschicht. Die Arbeitseinstellung der Arbeitgeber und Arbeitseiner verhandelte über diese Forderungen und es kam folgende Einigung zustande: Der heutige Streiktag wird nicht bezahlt. Der am 10. November gewährte Vorlohn muß zurückgezahlt werden, doch sollen in diesem Jahre keine Rückzahlungen mehr stattfinden. Von der Mittagsruhe fuhr darauf ein Drittel der Belegschaft wieder ein. Es steht zu hoffen, daß heute wieder die Arbeit vollständig aufgenommen wird.

— **Baldenbura.** Ein Unbekannter, der als Knecht beim Gutsherrn Geler in Gähns angetreten war, verkaufte Wagen und Pferd seines neuen Dienstherrn an einen ausmärtigen Hofschlächter und wurde sodann flüchtig.

— **Markneukirchen.** Das Barren in Erbach ist bis auf weiteres geschlossen. Der Barren muß auf Arbeit geben, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen; an Sonntagen hält er aber Gottesdienste usw. — Drei Damen aus einem nahen Orte der Tschodelowale fielen bei der Grenzüberschreitung so auf, daß sie unter Einwirkung einer Frau sich einer Beibehaltung unterziehen mußten. Zunächst wurden die Waden gepulst und es stellte sich heraus, daß vieles verborgen über die Grenze wandern sollte. Auch sonst waren die „Damen“ so ziemlich „dreifach gefleht“. Die Waldheer ist in der hiesigen Gegend nach wie vor in schöner Blüte.

— **Wylau.** Vizebürgermeister Otto Behold von hier weiste geschäftlich in Leipzig und wollte die Heimreise antreten. Er hatte bereits das Trittbrett seines Wagens absteigen, als der Zug abfuhr. Er stürzte ab, geriet unter die Wagen und wurde von den Rädern erfaßt, wobei ihm der linke Arm abgefahren wurde.

— **Wlanen i. V.** In der Nähe des Schlachthofes wurde ein Ingenieur nachts gegen 2 Uhr von 2 unbekanntem Männern unter Vorhalten zweier Revolver zur Herausgabe seiner Taschengeld gezwungen. Die Räuber erbeuteten u. a. eine Geldscheintafel mit etwa 10000 Mk. Bargeld, eine braune Aktentasche aus Leder, eine goldene Herrenuhr. Der Gesamtwert der geraubten Sachen beträgt etwa 315000 Mk.

— **Leipzig.** Drei Werkmeister der Betriebswerkstätten des Bahnhofs Lindenau haben seit einigen Wochen kupferne Aufschrauben aus reparaturbedürftigen Wagen herausgenommen und auf eigene Rechnung an einen Utwaren-händler verkauft. Sie haben etwa 154 Allogramm Kupfer gestohlen. Die ungetreuen Beamten wurden verhaftet.

Die Majestät des Friedhofs.

Von Egon S. Straßburger.

Der Tod ist der Erlöser; er befreit uns von den Qualen des Daseins, und die Frage: „Ist das Leben lebenswert?“ wird in diesen Zeiläufen oft mit einem Nein erwidert. In früheren Jahren war die Beidenbestattung und waren die Ergrungen des Verbliebenen unberührt Gebiet. Heute greifen die Lebensnöte bis ins Grab des Toten. Und wenn man vom teuren Leben und dem billigen Tod ein Spruch, so bleibt das Epitaphion des Lebens sicher bestehen, während der Tod daselbe Anrecht auf teuer beanspruchen kann. Der Friedhof hat nicht mehr immer die vornehme Ruhe wie in stillen Tagen von einst. Der nervöse Geist und die panik-artige Flucht aus der Lebensstille finden hier eine Wider-spiegelung. Zahllose Gräber haben nicht mehr den reizvollen Schmuck und die treue Pflege vergangener Tage. Teils ist die Verarmung der Hinterbliebenen schuld daran, teils hat diese harte, rauhe Zeit die Schichten des Gemüts hinweggeschwemmt.

Tränen und Seufzer sind seltener geworden und der innige Konnex zwischen Leben und Tod ist loser und schwächer in der Wirkung.

— **Rückfälle aber bewahren ihre heilige Majestät.** . . unter ruhenden Bäumen wohnt die Stille des Binsdes der Entschlafenen. Ob nun die Blumenbeete verwildert wachern, ob schweigendes Moos die Steine umgibt, die Toten mit ihren geschlossenen Augen weichen keiner finsternen Zeit, ihr Schlummer bleibt ewig gleich.

— **Ich ging dieser Tage auf den Urnenfriedhof.** Im Krematorium wurde der feierliche Verbrennungssatz vollzogen; bläulicher Rauch stredte gen Himmel, die ganze Gegend war in stille Feierlichkeit oder in feierliche Stille gehüllt. . .

es schien, als ob eine glückliche Menschenseele ein in das Paradies und in das Land erlesener Verheißung. Die Weibensäume rauschten und in den Wipfeln der Tannen kühnte geheimnisvoll der Wind... Zwieselglocke der Schatten! Bläulicher Rauch veränderte siegreich, das die Verwechslung überwunden...

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 25. November 1922.

Die schwierige Lage der Theater.
X Berlin. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ meldet, müssen die vereinigten Stadttheater von Elberfeld und Barnum mit Ende dieser Spielzeit geschlossen werden, weil die städtischen Zuschüsse für die Theater nicht mehr aufgebracht werden können.

Die Geschäftsordnung des Reichstages.
X Berlin. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Kahl hat einen Abänderungsantrag zur Geschäftsordnung des Reichstages eingebracht, wonach bei Beschlüssen des Reichstages auf Abänderung der Verfassung der Präsident durch eine ausdrückliche Erklärung festzustellen hat, daß zwei Drittel der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend sind und wenigstens zwei Drittel der Anwesenden zustimmen.

Die Besetzung des Wirtschaftsministeriums.
X Berlin. Erich Dombrowski deutet in seinem heutigen Leitartikel im „Berliner Tageblatt“ an, daß die Müller schon heute morgen vor dem Beginn der weiteren parlamentarischen Verhandlungen sein Portefeuille dem Reichspräsidenten zur Verfügung stellen würde.

Die Friedenskongresse in Amsterdam.
X Berlin. Der Parteiausschuss, der Parteirat und der Parteivorstand der V. S. V. beschloßen, zu der vom internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam einberufenen Friedenskongresse, die am 10. Dezember im Haag stattfinden soll, eine Abordnung zu entsenden, der die beiden Vertreter der deutschen Sozialdemokratie in den Exekutiven der Internationalen von London und Wien Wels und Crispian angehören werden.

Die Beamten-Maßregelungen in Nürnberg.
X München. In der Angelegenheit der Maßregelung der drei Beamten der Nürnberger Oberpostdirektion brachten die Fraktionen der bayerischen Mittelpartei und der Deutschen Volkspartei im Landtage Interpellationen ein, in denen die Frage aufgeworfen wird, ob die Reichsdisciplinarkammern in Bayern nunmehr gebildet seien und nach welchen Grundsätzen dabei verfahren werde. Was gedente gegebenenfalls die bayerische Staatsregierung zu tun, einen Widerruf der vorläufigen Amtsenthebung herbeizuführen, die tatsächlich auch dann nicht gerechtfertigt erscheine, wenn die Beschuldigungen sich als richtig erweisen sollten.

Russisch-türkische Uebereinkünfte.
X Lausanne. Wie der Vertreter der russischen Telegrammagentur erzählt, hätten Ahmet Wacha und der russische Delegierte Borowski eine längere Unterredung, in deren Verlauf sie die gegenwärtige Lage auf der Konferenz eingehend prüften. Sie stellten dabei völlige Uebereinkünfte fest.

Die gestrige Sitzung der Reparationskommission.
X Paris. Die Reparationskommission hat in ihrer Sitzung am Freitag die Bedingungen geprüft, unter welchen die Operationen für die Liquidation beim Verkauf der deutschen Schiffe vorgenommen werden sind, die durch die brasilianische Regierung in den brasilianischen Häfen beschlagnahmt wurden. Die Reparationskommission hat die brasilianische und die deutsche Regierung offiziell darauf hingewiesen, daß sie sich jeden Einspruch über die Entscheidungen des von Brasilien und Deutschland eingesetzten Schiedsgerichts vorbehalten. Was die Schlichterungen Deutschlands anlangt, hat die Kommission ihre Entscheidungen auf acht Tage verschoben.

Pariser Stimmen zur deutschen Regierungserklärung.
X Paris. Nur wenige Blätter nehmen Stellung zu der programmatischen Erklärung des neuen deutschen Ministeriums. Eine scharfe Kritik ist der Berliner Korrespondent des „Journal“, der Cuno's Rede Ungeschicklichkeit vorwirft, die Schlechteste für die Zukunft erwarten lasse. Reichsfanzler Dr. Cuno wollte mit seiner Programmrede, der ersten, die er vor dem Reichstag als verantwortlicher Leiter des Reiches hielt, gegen den französischen Ministerpräsidenten protestieren. Der Reichsfanzler wird wohl bald

Die Siegerin.

Roman von Hans Schulze-Sorau.

16. Fortsetzung.

Paul Hausmann war nach dem Besuche bei der Mutter noch einmal nach seiner Wohnung gegangen. Das Ziel im Klub begann erst gegen Mitternacht, nach Schluß der Theater, und es war an dem schönen Frühlingabend nicht anzunehmen, daß sich einer oder der andere der Klubmitglieder schon vorher in den Gesellschaftsräumen einfänden würde. „Der Klub des Westens“, in dessen Vorstand Paul Hausmann saß, residierte in der ersten Etage eines vornehmen Hauses am Lützowplatz und bestand erst seit einigen Jahren. Ursprünglich als ein zwangloser, geselliger Sammelplatz für die Jugend des reichen Westens gedacht, hatte sich im Laufe der Zeit in ihm allmählich immer unerkennlicher der Charakter eines Spielklubs herausgebildet, zu dem sich hauptsächlich Elemente drängten, die wohl die neuliebende sekundäre Frondierung, aber nicht die erforderliche gesellschaftliche Stellung besaßen, um in einem der vornehmen adligen Klubs im Herzen der Stadt Eingang zu finden. So rekrutierte sich das Stammpublikum des „Westklubs“, wie er kurzweg genannt wurde, vorwiegend aus den Kreisen der Haute finance des Tiergartenbierfelds und der Großkaufleute des Westens und der mächtig auftretenden Vororte. Außerdem gehörten zu den regelmäßigen Besuchern der Spielabende eine Reihe bekannter Sportsleute, Gutsbesitzer und Schöneberger Rentiers; auch Offiziere in Zivil kamen zuweilen von Potsdam oder Jüterbog herüber, und der interessante Charakterkopf eines bekannten Anwalts war an dem Vorkarattisch des Klubs ebenso häufig anzutreffen, wie an der Verteilungsbartiere des Moabitier Kriminalgerichts. Es hieß, daß im „Westklub“ durchgängig sehr hoch und waghalsig gespielt würde, und man nannte in eingeweiheten Kreisen bereits die Namen großer bedeutender Industriellen, die in einer einzigen Nacht Spielverluste bis zur Höhe von einer halben Million erlitten haben sollten. An die heutigen Gesellschaften war jedoch, über die

bemerkten, daß man so nicht den Interessen seines Landes dienlich und daß ein wenig Diplomatie nicht schaden kann. — Der „Figaro“ schreibt: Was die Auslieferungspolitik anbelangt, so erscheint zwar Dr. Cuno mit der französischen Regierung einer Meinung über die Notwendigkeit einer internationalen Anleihe, in Wirklichkeit ist er jedoch ebenso wie Dr. Wirth durchaus verschiedener Meinung mit Poincaré über diesen wesentlichen Punkt. — Der Berliner Berichterstatter des „Echo de Paris“ urteilt: Es hat sich nicht geändert. Die Rede des Reichsfanzlers Cuno hat nicht einmal das Verdienst, originell zu sein. Der Reichsfanzler scheint haben lassen zu wollen, daß er die Politik seines Vorgängers fortsetze, denn er hat auf neue das Wort Wirths verwendet: Erst Brot, dann Reparationen.

Morgen wird in Paris erwartet.
X Paris. Wie die „Chicago Tribune“ mitteilt, wird morgen heute oder morgen in Paris erwartet, um mit dem französischen Finanzminister über die Anleihe, die man Deutschland bewilligen wolle, zu beraten.

Eröffnung der Dresdner deutsch-polnischen Verhandlungen?
X Warschau. Die gestrige Warschauer Abendpresse alarmierte die Öffentlichkeit durch die Nachricht von einer angeblichen Eröffnung der Dresdner deutsch-polnischen Verhandlungen. Als Ursache wurde die Unvereinbarkeit des beiderseitigen Standpunktes in der Contantenfrage angegeben. Eine weniger sensationelle Fassung dieser Meldung bezeichnet lediglich die Verhandlungsbasis als erschüttert.

Wütiger Aufruhr in einem polnischen Gefängnis.
X Warschau. Im hiesigen Militärgefängnis hat eine schwere Gefangeneneruote stattgefunden. Aus Anlaß eines Streites zwischen Gefangenen, die zum Reinigungsdienste kommandiert waren, entstand ein Tumult, bei dem die hinzukommende Wache von den Gefangenen angegriffen wurde. Mehr als hundert Gefangene konnten ihre Zellen öffnen und sich befreien. Die Gendarmen ergreifen sich auf den Hof zurück. Mit den zertrümmerten Türen und Möbelstücken eröffneten die Gefangenen ein lebhaftes Bombardement auf die Gendarmen. Nach mehrfacher Aufforderung zur Ruhe erhielt die Wache den Befehl zum Schießen. Zwei Gefangene wurden getötet, fünf schwer verletzt. Die benachrichtigte Militärbehörde konnte nur mit Mühe die Ordnung wieder herstellen, nachdem auch die Rettungspolizei zur Unterstützung hinzugezogen worden war. Die Haupttäterschaften wurden sofort der Verhaftung zugeführt.

Die Aussprache über die Reparationsangelegenheiten.
X London. Neuter erzählt, daß an zehnjähriger Stelle in London noch nichts über eine angeblich geplante Zusammenkunft der Ministern im Zusammenhang mit der Finanzkonferenz in Brüssel bekannt ist. Das Datum der Konferenz steht noch nicht endgültig fest. Es wird in vollem Maße verstanden, daß die gesamte Frage der deutschen Entschuldigungsverhältnisse in der nächsten Zukunft durch die Ministertreffen besprochen werden muß. Aber bevor die Vorschläge der französischen Regierung eingetroffen sind, ist eine endgültige Aussprache nicht möglich.

Die Vernehmung der Ausländer in Deutschland.
X London. Neuter erzählt, daß die britische Regierung durch Vermittlung der Vorkonferenz in Paris Vorstellungen an die deutsche Regierung gerichtet hat, worin deren Aufmerksamkeit auf die ungewöhnliche Ueberzeugung gelenkt wird, der Engländer und englische Reisende in Deutschland unterworfen werden. In gutunterrichteten Kreisen wurde erklärt, daß die Auslage derartiger Abgaben mit dem Verfall der Vertrag im Widerspruch stehe.

Vereinigung der englischen Liberalen.
X London. Wie verlautet, sind nichtoffizielle Besprechungen zwischen den Führern der nationalen Liberalen und der unabhängigen Liberalen im Gange, die die Vereinigung der beiden Parteien zum Gegenstand haben.

Das griechische Kabinett zurückgetreten.
X London. Neuter meldet aus Athen: Das Kabinett ist zurückgetreten.

Bermischtes.

Erdbeben. In Süntischen und Kaposbar wurde Freitag früh 4 Uhr ein Erdbeben westlicher Richtung verspürt, welches von unterirdischem Grollen begleitet war. Das Beben wurde, wie aus Budapest gemeldet wird, auch im Südtel der Komitate Szarvas und Tolna und in der Gegend von Baja wahrgenommen.

Belohnung für tapferes Verhalten. Ein Mitglied der Besatzung des am 9. September an der spanischen Küste untergegangenen Dampfers „Hammonia“, die sich durch tapferes Verhalten besonders ausgezeichnet hatten, sind von der Stadt am Montag nach einer Ansprache Gehrmann Cuno's feierlichster Weise in braunem Saffianleder mit je 100000 Mark Gehalt und der Widmung: „In besonderer Anerkennung Hamburg—Amerika-Linie, 9. September 1922“, überreicht worden. Ein jugendlicher Einbrecher festgenommen. In den westlichen Vororten Berlins wurde

den in der letzten Zeit viele Familien in der wagt nach einer Festlichkeit von einem Einbrecher heimgesucht. Als Täter wurde jetzt der 17-jährige Sohn eines Majors festgenommen. Der junge Mann ist in hohle Gesellschaft geraten und mußte seine Kenntnisse der Dertlichkeit bei den Familien, die er von früher her kannte, und mit deren Dämlichkeit er Bekanntschaft zu machen suchte. Er pflegte zum Teil das Silberzeug zu rauben, das bei den Feiern gebraucht worden war.

Ein Grubenbrand in Dortmund. Das Oberbergamt Dortmund teilt mit: Donnerstag nachmittag 5 Uhr ist auf Schachtanlage Schamrock 1 und 2 in der Grube ein Grubenbrand ausgebrochen, bei dem ein Zeiger und neun Bergleute zu Tode gekommen sind. Weitere Leute sind nicht in Gefahr. Das Feuer entstand in einer einziehenden in der Holzammerung stehenden Gesteinsdrift, in der eine elektrische Lokomotivübertragung mit Oberleitung umgeht. Die Ursache war Kurzschluß der Drahtstrecke ober der elektrischen Kurbel. Infolge des Kurzschlusses geriet die Holzammerung in Brand; dieser pfanzte sich wegen der lebhaften Wetterzüge schnell fort. Die Bergmänner sind an den Brandorten erstickt, bevor ihnen Rettung gebracht werden konnte. Das Feuer ist sofort bekämpft worden und zum größten Teil bereits gelöscht. Die bergbehördliche Untersuchung ist im Gange. Ein deutscher Dampfer „Standard“, unterwegs von Hamburg nach Kronstadt, ist Donnerstag zwischen Porfala und Helsingfors gestrandet. Die neun Mann starke Besatzung wurde gerettet. Das Schiff wird voraussichtlich wieder bleiben.

Ein Hurrikatastrophe bei Reapel. In Garbita (?) bei Reapel ist infolge einer Erdbebung ein Wohnhaus eingestürzt, wobei 9 Personen unter den Trümmern geborgen wurden. Vier wurden bereits als Leichen geborgen. Es besteht keine Hoffnung für die Rettung der anderen.

Tragödie in einer Opiumhöhle. In einem abel herabstiegen Hause in Cardiff wurde, wie dem „N. L.“ aus London gemeldet wird, ein Chinese tot im Bett aufgefunden, während auf demselben Lager drei völlig bemußelte Engländerinnen lagen. Zwei Frauen lagen neben dem Toten, die dritte quer darüber. Sie litten an dem fieseln übermäßigen Opiumgenusses. Ein chinesischer Wächter Hop-Sing-Lung unterhielt einen Opiummord, von dem ein anderer Chinese Tee-Sing wußte. Tee-Sing benutzte die häufige Abwesenheit seines Lehrherrn, um selbst Opium zu rauchen, mehrfach lud er dazu auch Engländerinnen ein, die der besten Gesellschaft von Cardiff ansehbaren. Der Mann, in dem die Frauen und der verstorbenen Chinese gefunden wurden, war sehr klein, ärmlich ausgeschattet und wies nur das Alter von 25 bis 35 Jahren liegend, atmeten nur noch schwach, und durch den übermäßigen Opiumgenuss waren ihre Gesichtspunkte gelb gefärbt. Durch lebendige Strychnineinjektionen gelang es, die drei Frauen innerhalb eines Stunde zu retten, sie waren zu schwach, um über den Tod des Chinesen oder über sich selbst Auskunft zu geben. Zur weiteren Behandlung wurden sie in das City-Rodge-Hospital gebracht.

Reue, Fleming & Co., Hannover.

Englische Kohlen. Beschäftigungsgrad der englischen Industrie. Die Valutaverhältnisse haben begreiflicherweise eine Abnahme der Aufträge aus Deutschland bewirkt. Nichtsdestoweniger sind die englischen Gruben für die Wintermonate gut beschäftigt, auf Grund von Verträgen, welche sie während der Hochkonjunktur geschlossen haben. Der Anfall der deutschen Aufträge macht sich infolgedessen auf dem englischen Markt zunächst wenig bemerkbar, umso mehr als eine Besserung des Beschäftigungsgrades der englischen Industrie festzustellen ist, welche sich in vermehrtem Kohlenverbrauch auswirkt.

Wahlen. Eine Behinderung der Geschäfte in England erfolgt im Augenblick durch die Wahlen, vor deren Abschluß ein endgültiges Urteil über die Gestaltung des englischen Marktes nicht gefällt werden kann. **Vorkshire-Gebiet.** Im Vorkshire-Gebiet hat sich ein vorübergehendes Nachgeben der Preise gezeigt, welches aber lediglich dadurch hervorgerufen wurde, daß infolge der ungunstigen Witterung zahlreiche Dampfer verpöter eintrafen und die bereits zur Verladung bereitgestellten Kohlen anderweitig untergebracht werden mußten. Im übrigen ist die Lage im Vorkshire-Gebiet fest.

Schottische Kohlen. Eine Ausnahme dagegen bildet der schottische Markt, soweit keine Sortierungen in Frage kommen. Stückkohlen und größere Rasse sind im Preise fest geblieben, dagegen besteht für kleine Rasse und Verkohlen in Schottland eine direkte Abwärtsbewegung, welche bereits Preisermäßigungen bewirkt und Neigung zu weiteren Preisermäßigungen geschaffen hat. Ein leichtes Nachgeben der Preise ist auch für Anthracitkohle aus dem Cardiff- und Swansea-Gebiet festzustellen.

Mit der fatalistischen Zuversicht des Gewohnheitspielers, dem selbst die kleinsten Neugierigkeiten von Bedeutung sind, klammerte sich Paul an diese Ideenverbindung.

Deute mußte ihm der große Schlag gelingen, den er schon lange erwartete, der Millionencoup, von dem sie alle träumten, die die Bier nach Gold ansehndlich mit magnetischer Gewalt zu den Spielflächen am Lützowplatz zog, wie die Motte zu der verderbten prägenden Flamme des Lichts. Als Paul kurz vor Mitternacht im Wechklub eintraf, lag die Welt des grünen Tisches noch schlaftrübe in der grellen Glanzflut des elektrischen Lichts.

Nur in der äußersten Ecke des großen Spielsaales saßen schon zwei Herren in nachlässiger Unterhaltung mit dem Klubsekretär; ein alter, wackiger Landbesitzer, der seine Gewinne im Wechklub als eine willkommene Aufbesserung seiner schmalen Rente betrachtete, und der keine Mühsal, eine Feuratte schlammiger Art, der Sohn eines millionenreichen Börsenmaklers, der sich stets als einer der ersten im Klub einzufinden pflegte.

Allmählich begannen sich die Klubräume zu füllen. Immer neue Gesichter tauchten auf, alte und junge Pechmänner in Grad und weicher Hinde, die über ein übermäßig hohes Einkommen verfügten und bald nicht gedrängt den mächtigen Bakkarattisch der Mitte umlagerten. Paul hatte, wie gewöhnlich, gleich zum Beginn des Spiels die Bank genommen.

Schweigend und unbewegt verfolgte man den Gang des Spiels, nur zuweilen ein leises Murmeln, eine kurze Erklärung des Bankhalters, dann wieder Stille. **Rastlos** rollte das Glückrad ohne Sinn und Ziel. — Die Einsätze gingen reichlich in die Höhe, bald war alles Silber vom Tische verschwunden.

Die Bank wechselte rasch und ebenso die dünnen Banknotenspäthchen und die kleinen Arme von Zwanzigmarkstücken, die vor den einzelnen Herren aufgebaut standen. Paul sah anfangs unaufhörlich im Glück, nach kurzer Zeit hatte er einen solchen Haufen Gold und Papiergeld vor sich liegen, daß er notwendig eine Pause eintreten lassen mußte, um Ordnung zu schaffen. Dann hörte man durch den plätschernden Haß der Karten wieder nur das leise Klirren des Goldes, das Knistern des Papiergeldes, untermischt mit dem eintönigen Rauschen des Tisches. —

Interna des Klubs bisher noch nicht durchgeföhrt, was seinem Charakter als dem einer exklusiven gesellschaftlichen Vereinigung irgendwie hätte Abbruch tun können.

Gerade während des letzten Winters hatte der Klub einen sehr bedeutenden Aufschwung genommen, unangeseht drängte frischer Nachwuchs heran, so daß im Schoße des Vorstandes bereits ernstlich über eine Verlegung des Klublokals und die Erwerbung eines eigenen Klubhauses beraten wurde.

Vor allem Paul Hausmann plädierte in den Vorstandssitzungen stets für Maßnahmen, die den Jungs neuer Gekelte zum Stamm der alten erprobten Kämpen fördern könnten.

Für ihn war der Bestand und das Gedeihen des Klubs längst zu einer Lebensfrage geworden: fast jede Nacht sah ihn bis zum Morgengrauen am Tisch sitzen. Paul galt im Klub für einen sehr vorsichtigen, listigen Spieler, der die günstige Chance bis zum äußersten kritischen Wendepunkt auszunutzen verstand, dann aber mit der gleichen, untrübsamen Sicherheit zu rechter Zeit das Spiel abbrechen wußte.

Seine Spielgewinne während der letzten Wochen befielen sich auf viele Tausende.

Als er jetzt an seinem Schreibtisch den Banknoteninhalt seiner früheren Geldtasche durchzählte, stellte er den aktiven Barbestand seines Vermögens auf nahezu 70000 Mark fest.

Sein Kriegskrieg für den Feldzug des Monats, das Ergebnis zahlloser, durchwachter Nächte voll fieberhafter, vergebender Aufregungen, wie sie die unaufhörlich wechselnden Chancen der schicksalsschweren Karten auch bei der stärksten Natur hervorruhen.

Mit einer fast liebesdienlichen Bewegung fröh er die zerkrümelten Kassenscheine zurecht und versenkte sie dann in die Drucktasche seines Gehörts. Nur, wer das erdrückende Uebergewicht flüssigen Geldes auf seiner Seite hatte, wer immer neue Truppen ins Gefecht führen konnte, um selbst die längste Pechserie durchzuhalten, vermochte am letzten Ende zu gewinnen; wie überall, so triumphierte auch im Spiel die Allmacht des Kapitals. Der heutige Tag hatte mit der Werbung Raubons um Loties Hand als ein Glückstag begonnen, er mußte auch für den Rest der Woche mit einem ähnlichen Erfolg zu rechnen.

Korsett-Reparaturen

werden prompt und billigst ausgeführt in der

Korsett-Fabrik H. Mühe & Co.

Riesa, Goethestraße 84.
Annahme I. Etage. Telefon 205.

Hotel zum Stern.
Totensonntag, 26. Nov., abends 7/8 Uhr
einmaliges Gastspiel
Bosco Bellachini
Deutschlands geschicktester Bauberkünstler.
Sauberei - Illusionen - Fechtkünste.
Einzigartiger Baubereit ohne alle Apparate!
Vorverkauf: Siganzengasse 10, Wirtin.
- Zum ersten Male in Riesa. -

Suche zu kaufen
1 großen, 1 mittleren und 2 kleine
Perferteppiche,
einen sehr schönen
echten Gobelin,
sehr gute Kunstgegenstände jeder Art, so
wie einen guten Stuhlstuhl zu hohen
Preisen. Best. Angebote unter D. N. 8300a
an das Tageblatt Riesa.

Die unterzeichneten Banken geben hiermit bekannt, daß sie für

Bareinlagen

mit Wirkung vom 1. Dezember 1922 ab
folgende Zinssätze festgelegt haben:

- 4% bei täglicher Verfügung
- 4 1/2% bei 1 monatiger Kündigung
- 5 1/2% bei 3 monatiger Kündigung
- 6 1/2% bei 6 monatiger Kündigung.

Riesa, im November 1922.

Riesauer Bank Aktiengesellschaft Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft
zu Riesa. Filiale Riesa. Filiale Riesa.

Der Ausstoß unseres unübertroffenen

Bockbieres

hat begonnen.

Bergbrauerei Riesa, Aktiengesellschaft.

In der

Autowerkstatt Riesa

F. Böhm & Co. — Telefon 725 und 145
werden Reparaturen jeder Art an Automobilen,
Motorpflügen und Motorrädern zu schneller
und fachgemäßer Ausführung unter Garantie übernommen.

Achtung!
Händler u. Wiederverkäufer
kaufen in La Quantitäten

Hosen

Militär-
Pilot-
Manchester-
Zwirn-
Kammgarne-
f. Männer
u. Bursch.

Anzüge für Beruf und
Gesellschaft

Militär-Jacken
Ulster und Schlüpfer
bei

Schaja Leipzig
Pachhofstr. 3
Tr. B. a. Hptbh.
Tel. 20 960.

Ab 1. Januar 1923
in Blücherstr. 33. Laden.

Dampfwäscherei
Reinigungsdienst
Max E. Träger
Großenhain
eröffnet eine

Annahmestelle
Wettinerstr. 19.

Man verlange überall
Radeberger Bismarck!

Hotel Höpfner.

Sonntag, 26. Novbr., (Totensonntag) 7/8 Uhr
— Einlaß 7/7 Uhr —
Gastspiel der Petrenz-Oper
unter Mitwirkung von Mitgliedern des Staatstheaters in Dresden

„Die Schmetterlingschlacht“

Komödie in 4 Akten von Hermann Sudermann.
Spielleitung: Fritz Gerst (Staatstheater Dresden).

Preise der Plätze: 1. Sperrlich 75 M., 2. Sperrlich 60 M.,
1. Platz 50 M., Galerie 30 M. — Vorverkauf: St. Abendrot 5 (Tel. 138)
und Ed. Wittig (Tel. 445). Direktion Felix Petrenz.

Riesauer Sportverein e. V.

LIGA

Sturm - Chemnitz gegen
Riesauer Sportverein

LIGA

Schwarzer Platz 2 Uhr.

Bereinsnachrichten

Glaubensversicherung Riesa. Heute abend 8 Uhr
Hauptversammlung im Hotel Höpfner.
Zängerfranz. Sonntag abend 8 Uhr Abmarsch
Trinitatiskirche. (Ständchen.)
Pundestr., Tierisch. Sonnt. 26. 11., Berl. 8 U. Karpfisch.
Orpheus. Montag, 27. 11., Singstunde. Mittwoch-
Singstunde fällt wegen Volkstheaterabend des
Liedermeisters aus.
Rheinisch-westfälische Landleute. Sonntag, den
26. 11., abends punkt 7/7 Uhr Generalversamm-
lung in „Stadt Dresden“.

Pferdeverkauf.
Freie Sonntag mit
einem größeren frischen
Transport erstklassiger
handverworfener und hol-
steiner Arbeitssperde
ein. Es befinden sich
darunter zwei 4-jährige
Apfelschimmelstuten, zwei 5-jährige
5-jährige lausachselhafte hannoversche Fische, sowie
andere gute 4-5-jährige Arbeitssperde. Ich stelle
dieselben von Montag, den 27. November, bei reeller
Bedienung zum Verkauf.
Ottob. Reithausstr. 15, Telefon 339.

**Beide taugliche Birnen
und pa. Winteräpfel**
verkauft Fritz Eiser,
Bismarckstraße 28.

Gänsefederverkauf
Prima geschliffene Gänse-
federn verkauft preiswert
Albert Haberecht
Röderau, am Bahnhof.
Telefon 516.

Haarhaart
zum höchsten Tagespreis
Fa. Otto Striegler
Riesa, Sandstraße 56.

Häute und Felle
gerbt und kauft
Paul Jungfer, Gerber
Großenhainer Straße 31

**Lumpen, Papier — Altmetalle
Altstetten**
kaufe im Hofe Weiskner
Straße 4. Größere Posten
hole ab. Wilhelm Kauf.
und einzelne Teile, Frei-
lauf nfm. kauft
Wulker, Hauptstr. 73, 1.

Sahrradgestelle

Herzlichen Dank
zugleich im Namen unserer Eltern für die
uns anlässlich unserer Vermählung er-
wiesenen Aufmerksamkeit.
Riesa, 25. November 1922.
Willy Dener u. Frau Lotte geb. Ottile.

Für die schönen Geschenke und Glückwünsche
anlässlich unserer Silberhochzeit
danken herzlichst.
Neugraben, 22. 11. 1922.
Frans Morawick und Frau.

Zurückgekehrt vom Grabe unseres teuren
Entschlafenen
Hermann Göze
sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.
Merzdorf, 24. 11. 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß
Freitag morgen 2 1/2 Uhr unser kleiner
Liebling
Marianne
im zarten Alter von 1 Jahr 4 Monaten
nach kurzem, aber schwerem Leiden sanft
entschlafen ist.
In tiefer Trauer Paul Werrmann u. Frau
nebst allen Hinterbliebenen.
Neumelde, Hauptstr. 28, 25. 11. 1922.
Beerdigung findet Montag mittag 3 Uhr
vom Trauerhause aus statt.

Gasthof Münchritz.

Sonnabend, den 2. Dezember
großes Extra-Konzert und Ball
von der Kapelle Reiter-Regiment Nr. 12, Dresden.

Friseur-Geschäfts-Verlegung.

Den sehr geehrten Damen
von Riesa und Umgegend zur
gefl. Kenntnis, daß ich mein Geschäft am
Montag, 27. November 1922, nach
Schloßstraße 17, gegenüber Café Hädler
verlege und in unveränderter Weise fortführe.
Das mir bisher geschenkte Vertrauen bitte
ich mir auch fernerhin entgegenbringen zu
wollen.
Hochachtung
Frieda Michels
Spezial-Damen-Frisier-Geschäft.

Schafwolle

kauft zu den höchsten Tagespreisen oder tauscht gegen
erstklassige Strickgarne

H. Kluge u. Gebr. Bopel
dauernd im Gasth. Stadt Leipzig, Riesa, Hauptstr. 58.

Parkettfußböden

für Fabrik-
säle, Gesch.
und Wohnräume direkt auf
alte ausgelegene Dielen und
Massiböden zu verlegen. Billiger und
haltbarer als Linoleum. Parkettfabrik
Gustav Goldig i. M. Querbach i. D. Fernz. 84.

Für die unendlich vielen wohlthuenden Beweise herzlichster
Teilnahme und Liebe beim Begräbnis unserer teuren, unvorgel-
lichen Entschlafenen, Frau

Martha Sidonie Herrmann geb. Starke

aus Münchritz

sagen nur hierdurch herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.

Nachruf.

Am 19. November 1922 verschied nach langem, schwerem Leiden
im Alter von 56 Jahren

Herr Kaufmann Richard Max Mehner

in Riesa.

Der Entschlafene war seit vielen Jahren Mitglied des Aufsichtsrates
unseres Waren-Einkaufvereins und haben wir ihn in dieser
Tätigkeit als einen treuen Mitarbeiter, welchseitigen Förderer und
guten Freund unserer Genossenschaft kennen gelernt. Auch war er
durch die Bande der Freundschaft den Mitgliedern des Waren-Ein-
kaufsvereins verbunden, sodas sein Heimgang in die Ewigkeit für alle,
die ihn kannten, ein schmerzlicher Verlust war.

Unser Freund ruht nun in gebelligter, geweihter Erde. Das
Bert, an dem er mitarbeitete, werden wir weiterführen und ihm so
ein bleibendes Andenken bewahren.

Riesa, den 25. November 1922.

Waren-Einkaufverein e. G. m. b. H. in Riesa.
Der Aufsichtsrat. Der Vorstand.
Moriz Berg. Adolf Bormann.

Die Regierungserklärung im Reichstag.

Deutscher Reichstag.

Mit. Berlin, 24. November.

Saal und Tribünen sind dicht besetzt, als Reichskanzler Cuno zur Abgabe einer Regierungserklärung

sch ebeht.

Der Reichskanzler weist zu Beginn seiner Rede darauf hin, daß der Reichspräsident ihm die Aufgabe gestellt habe, in freier Auswahl der Männer und der Verteilung der Ressorts die Regierung zu bilden und gibt alsdann die Ministerliste bekannt. Er dankt der alten Regierung und insbesondere dem früheren Reichskanzler Wirth für die Singsiedlung, mit der sie ihre besten Kräfte dem Reich gewidmet hätten. Dazu berufen, auf dem durch die Verfassung gegebenen Boden der republikanischen Staatsform die Regierung zu führen, hätte die neue Regierung es begrüßt, wenn Mitglieder der größten Fraktion dieses Hauses sich zur aktiven Mitarbeit im Kabinett bereitgefunden hätten. Redner gibt aber der Hoffnung Ausdruck, daß es zum Besten des Landes, zu einer der Gesamtlage entsprechenden verständnisvollen Zusammenarbeit mit dem Kabinett kommen werde und daß der Geist positiver gemeinsamer Arbeit alle staatsverhaltenden Kräfte auf einem Boden zusammenschließen werde. Deutschland solle wieder ein sich selbst bestimmendes und aus eigener Kraft lebender Staat werden, nach außen im Einklang des nationalen Selbstbestimmungsrechtes mit dem gleichen Recht der andern Völker, nach innen als ein Staat voller auf Leistung begründeter Wohlfahrt, guter deutscher Gesittung und Kultur, des sozialen Friedens und der Freiheit des religiösen Bekenntnisses. Redner gibt alsdann ein Bild des heutigen Deutschlands und führt weiter aus:

Seute sei die Frage der Erfüllungsmöglichkeit und ihrer Grenzen geklärt. In Cannes, Genoa und später hätten sich die in der Reparationskommission vertretenen Mächte überzeugt, daß die Deutschland auferlegte Last unerschwinglich sei. Aber obwohl Gläubiger und Schuldverpflichtete erklärt hätten, daß Deutschland nicht zahlen könne, seien und nur die Goldzahlungen für Reparationen und Besatzung und auch nur bis Ende dieses Jahres gestundet. Das Schwert der Ungewißheit hänge drohend über Deutschland und den besetzten Gebieten. In den drei rechtsrheinischen Städten, die ohne einen im Friedensvertrag gegebenen Titel besetzt wurden, sehe immer noch eine Armee, die wesentlich größer sei als das deutsche Heer. Die Abtrennung wichtiger landwirtschaftlicher und industrieller Gebiete im Osten, Westen und Norden habe Deutschlands Produktionskraft aufs tiefste geschwächt, die Wegnahme unserer Auslandsvermögen, der Kolonien und unserer Flotte unsere Zahlungsbilanz passiv gehalten. In enger Verknüpfung von Wirkung und Ursache ist im Innern die deutsche Leistung und der Wirkungsgrad der deutschen Arbeit erheblich gesunken. Die Mark ist bis auf einen winzigen Bruchteil des Friedenswertes gesunken. Dadurch wird die Einfuhr notwendiger Lebensmittel und Rohstoffe geschränkt, und die Preise im Inlande schnellen sprunghaft in die Höhe. Die Folge ist trotz des auf die Papiermark gegründeten irreführenden Scheines von Prosperität mancher Unternehmungen eine fortschreitende Mindering der Substanz, steigende Arbeitslosigkeit und Abnahme des alten Sparvermögens. Es liegt im Wesen der Wirtschaftsgesetze, daß der wirtschaftliche Zustand Deutschlands bei fortwirkenden Ursachen weiter sinken muß. Es wird Preissteigerung zur Preissteigerung, Lohnsteigerung zur Preissteigerung. Die Verdrängung des Brotpreises, das Ansteigen der Kohlenpreise, die Tarifsteigerungen der Eisenbahn sind die besten Beispiele für die Zwangslage dieser Entwicklung. Das ist das Deutschland, für dessen Regierung das neue Kabinett nunmehr die Verantwortung übernimmt.

Im Vordergrund unserer Verantwortung steht die Reparationsfrage, und so sehr die Regierung es als ihre Pflicht betrachtet, alles dazu beizutragen, um ein gerechtes Urteil über die Schuldfrage herbeizuführen, so sehr betrachtet sie es als notwendig, für die nach diesem verlorenen Kriege Deutschland auferlegten Verpflichtungen, insbesondere für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs zu leisten, was nach Deckung der deutschen Lebensbedürfnisse möglich ist. Diese Begrenzung entspricht auch dem Vertrage von Versailles, ebenso wie den durch die Wirtschaftsgesetze begründeten Notwendigkeiten. Kein Gläubiger, dem die Reparationsfrage eine Wirtschaftsprüfung ist und nicht etwa ein Inkrementen machtpolitischer Kräfte, wird dieser Politik entgegenzutreten können. Redner hofft, daß die Einsicht von der Notwendigkeit einer so klügeren Behandlungsweise der Frage sich auch in den Ländern unserer früheren Gegner immer mehr Bahn brechen wird und rechnet hier besonders mit den Vereinigten Staaten von Amerika.

Sichtlich des bedeutsamen Schrittes, den die vorige Regierung durch ihre Note vom 19. November an die Reparationskommission getan hat, erklärt Redner, daß die neue Regierung ohne Einschränkung auf den Boden dieser Note trete und sich entschlossen sei, das in ihr enthaltene Programm zur Durchführung zu bringen. Um einen Zusammenbruch zu vermeiden, müssen wir mit allem Ernst alle Voraussetzungen der Note aufnehmen. Deutschland muß auf drei bis vier Jahre von allen Bar- und Sachleistungen aus dem Vertrage von Versailles befreit werden, wobei die Sachleistungen für den Wiederaufbau insoweit ausgenommen sein sollen, als sie ohne Vermehrung der schwebenden Schuld bestritten werden können. Außerdem muß Deutschland weiter für die Stützungsfunktion eines ausländischen Bankkredits von 500 Millionen Goldmark erhalten. Die Annahme dieser Vor schläge wäre nur die logische Folge der Erkenntnis, die Ministerpräsident Poincaré in seiner letzten Kammerrede selbst zum Ausdruck gebracht hat. Poincaré sagte, die Aufnahme einer oder mehrerer Anleihen im Ausland werde das einfachste Mittel zur Abhilfe sein, vorher aber müsse die Mark stabilisiert werden. Die Regierung stimmt dem Gedanken einer Auslandsanleihe durchaus zu, stimmt aber mit dem Sachverständigen darin überein, daß die Mark nicht stabilisiert werden kann, solange die Politik der Ultimaten Deutschland keine Wirtschaft auf lange Sicht und der Welt kein Vertrauen auf die deutsche Wirtschaft erlauben. Das muß das Ausland einsehen. Für uns aber gilt es, jeden Augenblick zu sehen, um die Wirtschaft zu höheren Leistungen zu führen. Wir erwarten die Steigerung der Leistung von allen Seiten, von Unternehmern wie von den Arbeitnehmern aller Berufe. Wir haben unproduktive Arbeit in Staat, Volk und Privatwirtschaft. Stütz um Stütz wird dieser Abbau anzuführen sein. Das liegt auch im Interesse der Konsumenten, zumal die Möglichkeit sozialer Zwanges zum Zwecke der Preisregelung eng begrenzt ist. Die Bekämpfung des Wuchers bleibt eine dringende Aufgabe. Da, wo mächtige Vereinigungen von Industrie und Handel durch unbillige Preis- und Abschlagbedingungen die Freiheit des Wettbewerbes unterdrücken, soll die Gesamtheit der Hersteller und Verbraucher sozusagen unterstützt werden. Dabei dürfen Beschäftigung und Gebotsanwendung nicht dazu führen, die Erhaltung der Betriebe im inneren wirtschaftlichen Bedenke zu gefährden. Damit will die Re-

gierung besonders auch den Wünschen des Handwerks entgegenkommen. Als wirtschaftliche Notwendigkeit ist bereits anerkannt, daß das Arbeitszeitrecht alsbald gesetzlich, und zwar unter Beibehaltung des Achtstundentages und Zulassung gesetzlich begrenzter Ausnahmen geregelt werden muß. Die Anspannung aller Kräfte ist angesichts der schwierigen Ernährungslage besonders dringlich für unsere Landwirtschaft. Redner appelliert an die Landwirtschaft, der Volksgemeinschaft weiter ihr Opfer zu bringen und die Abhilfe der fälligen Getreibeumlage möglichst zu beschleunigen. Bei der Preisfestsetzung für die weiter zu liefernden Getreidemengen ist die Regierung bereit, den veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung zu tragen; aber trotz aller Bemühungen um die Befriedigung unserer Wirtschaft wird von weiten Kreisen unseres Volkes Entbehrung nicht ferngehalten sein. Aber auch das verarmte deutsche Volk wird die Pflicht desmöglichster Hilfe denen gegenüber erfüllen, die, wie die Kriegsbeschädigten, selbst ihr Bestes für Deutschland gegeben haben, wie die Sozialrentner und endlich wie viele Kreise des inummer und Sorge dahin sinkenden alten Mittelstandes. Infolge der Not des Reiches werden diese Mittel begrenzt sein, aber mit den Ländern zusammen wird der Verpflegung in der öffentlichen Fürsorge zu begegnen sein. Doch der Staat kann nicht alles Notwendige leisten. Ich rufe alle auf, nach besten Kräften den noleidenden Volksgenossen zu helfen, vor allem den deutschen Kindern. Von Herzen dankt das deutsche Volk menschenfreundlichen Spendern aus anderen Ländern. Wegen die Wohnungsnot müssen wir durch Verbilligung und Vereinfachung des Baues wenigstens ein beschränktes Bauprogramm durchführen. Die Not der deutschen Arbeiter ist auch aus dem Auslande in hochherzigen Spenden anerkannt worden, für die unser Volk dankbar ist. Auch das Reich wird die kulturellen Güter Deutschlands schützen und seine geistigen Schätze vor dem Verfall bewahren.

Die größte Sparmaßnahme wird die Regierung im öffentlichen Staatshaushalt durchführen. Die Behörden werden bis auf das unbedingt Notwendige abgebaut werden. Die staatlichen Betriebe sollen zu höchsten Leistungen bei geringstmöglichem Kraftverbrauch weitergeführt, Gehalts- und Lohnpolitik sollen dem Maßstabe der Leistungen dienlich gemacht werden. Zur höchstmöglichen Steigerung der Reichseinnahmen wird die Steuererhebung die Veranlagung und Erhebung vereinfachen. Die Steuern sollen möglichst an der Quelle erfasst, die Veranlagung zuverlässiger gemacht, die Einziehung beschleunigt werden. Dem säumigen Schuldner sollen aus verzipelter Zahlung mit schlechterer Mark keine Vorteile erwachsen. Auch schwerste Opfer der Leistungsfähigen dürfen nicht gefordert werden. So wollen wir in der Wirtschaftspolitik die Gebote der wirtschaftlichen Vernunft mit warmem Sinn für Volkswohl und stilles Erfordernisse anerkennen.

Den nationalen und kulturellen Zusammenhang mit den abgetrennten Gebieten im Auge wird die Regierung ihre Kraft dem friedlichen Zusammenleben mit den Völkern widmen, aus deren wirtschaftlichen Beziehungen Deutschland nicht ohne schweren Schaden der andern Völker getrennt werden kann. Das gilt für alle Länder Europas ohne Ausnahme. Ebenso wird die Regierung alle überseeischen Beziehungen pflegen, insbesondere mit den großen Nationen, mit denen untrennbar verbunden das Unglück Deutschlands und Europas war. Allen persönlich wird es eine Freude sein, die vertrauensvollen Beziehungen, die ich mit Wirtschaftsführern des Auslandes gewonnen habe, nun unmittelbar für den Dienst des Reiches fruchtbar zu machen. Die Auslandsdeutschen müssen wir entschädigen in einer Weise, die die Wiederaufnahme kultureller und ökonomischer Pionierarbeit ermöglicht. Wir wollen eine ehrliche, schlichte deutsche Politik treiben, die nicht mit den Schlagworten einer Täuschungspolitik zu tun hat. Solche Gegenüberstellung erweist den Anschein, als wollten wir den Thron gegen den Westen oder den Osten gegen den Osten auspielen. Aus dem Unfrieden anderer Mächte wird Deutschland keinen Vorteil ziehen, sondern lediglich verhängnisvolle Nachteile erfahren. Die Welt und die Weltwirtschaft brauchen nicht Uneinigkeit, sondern Einigkeit und Arbeit. Deutschland insbesondere braucht den Blick ins Freie und in eine bessere Zukunft. Wenn kann keines der deutschen Länder im Vergehen von Deutschland abgetrennt werden, aber es gibt Befreiungen jenseits der Grenzen, die auf neue Verbindungen und Eingriffe abzielen. Mit Sorge blicken wir auf die schwergeprüfte Bevölkerung der besetzten Gebiete am Rhein, die mit harten Leiden eine Befreiung trägt, deren Wert vielfach dem Kulturempfinden der gestifteten Welt widerspricht. Wir danken unseren deutschen Landsleuten für ihre Treue und wollen ihr Los nach Kräften erleichtern. Ich wiederhole, was Minister Rathenau zwei Tage vor seinem tragischen Ende hier erklärte: Die Regierung wird niemals bereit sein, besetztes deutsches Gebiet, das Rheingebiet oder das Saargebiet, preiszugeben, ihre Befreiung zu gefährden oder auch nur einen Tag hinauszuschieben zu lassen. Jetzt ist keine Zeit zu Verfassungsfragen. Wenn Deutschland Verfassungsfragen ist, stellt sich mit uns auf den Boden unserer Reichsverfassung, dieses unser deutsches Staatsrecht. Aufrühr und Gewalt würden nichts bessern, sondern die Not dieses Winters steigern. Ich bitte alle, die Einfluss haben, sich für Ordnung einzusetzen. Kein Staat kann ohne Autorität sein. Die Sorge für die Staatsdiener, die die Autorität auszuüben haben, wird die Regierung immer leisten und mit einer persönlichen Herzenssache sein. Reichswehr und Reichsmarine haben ein Recht auf gleiche Fürsorge und Achtung. In der Reichsflotte ist die Erhaltung einer unparteiischen, vom Vertrauen des Volkes getragenen Rechtsprechung erstes Gebot. Die Rechte der Länder wird die Regierung aus Ueberzeugung wahren, ihre verfassungsmäßige Mitarbeit pflegen und Wünsche nach voller Entfaltung möglichst erfüllen.

Für diese unsere Arbeit werden wir bei Ihnen, über die Fraktionen dieses Hauses hinaus bei unserem ganzen Volke, das alle lebendigen Kräfte für die Rettung Deutschlands vereinigen. Deutschland ist in schwerer Gefahr. Wir wissen nicht, ob ihm aus übermächtigem Willen der vorerhigen Kriegsgegner neue Not beschieden oder ihm er möglicherweise sein wird, den Weg der Befriedung zu beschreiten. Lassen Sie uns unsere innere Einheit aufrechterhalten. Deutschland kann bedrückt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Der Reichskanzler fand Beifall und Zustimmung besonders bei den Stellen, in denen er davon sprach, daß gearbeitet und nicht geredet werden müsse und daß eine Zusammenfassung aller Kräfte notwendig sei, sowie bei der Ausführung der letzten Worte Rathenaus über das besetzte Gebiet, daß Deutschland niemals preisgegeben werde, und bei den Schlussworten: Deutschland kann bedrückt und bedrängt werden, aber es kann nicht untergehen, wenn es sich nicht selbst aufgibt.

Die Aussprache über die Regierungserklärung wird eingeleitet durch

Abg. Dr. Breitscheid (Soa.).

Er wirft einen Rückblick auf die Entstehung der Regierungser-

klärung, die dadurch hervorgerufen wurde, daß die bürgerlichen Parteien angesichts des wachsenden Selbstvertrauens des Kapitalismus bestrebt waren, ihren Einfluss in der Regierung zu stärken und den der Sozialdemokratie zurückzuziehen. Als sich nach der Ermordung Rathenaus die Unabhängigen bereit erklärten, zum Schutz der Republik in die Regierung einzutreten, beantworteten die bürgerlichen Koalitionsparteien den Zusammenbruch der beiden sozialdemokratischen Fraktionen durch ein Bündnis freier Liebe mit der Deutschen Volkspartei. Das Bündnis, die Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, mußte von der Sozialdemokratie abgelehnt werden. So kam das Kabinett Wirth zu Stande. Nicht aus irgend welcher persönlichen Vereinnahmung gegen Dr. Wirth oder um dem Zentrum einen Affront anzutun, sind wir so vorgegangen, sondern aus rein sachlichen Erwägungen. Mit der Volkspartei konnten wir nicht zusammen regieren, weil wir sie mit Herrn Stinnes identifizieren müssen, der für den Reichstagsbeschluss gegen die Stabilisierung der Mark kämpft. Freilich haben bei den Demokraten viele Mitglieder, die sich von Herrn Stinnes kaum unterscheiden. Aber mit dieser kleinen Partei in der Regierung konnten wir leichter fertig werden als mit der stärkeren Volkspartei. Das Kabinett Cuno ist nur ein Notbehelf. Auch ist es mit dem parlamentarischen System kaum vereinbar, daß ein Nichtparlamentarier zum Reichskanzler bestimmt wurde. Auch ist die Legende bereits zerfallen, daß das Kabinett Cuno ein Kabinett über den Parteien sei. Herr Cuno ist nur das Feigenblatt, mit dem die Blöße der Arbeitsgemeinschaft verdeckt werden soll. Es wäre besser gewesen, wenn die Kanzlerrede kürzer und inhaltreicher gewesen wäre. Das jetzt so besonders notwendige Vertrauen zum Schutz der Republik wurde nur in einem kleinen Nebenakt erledigt. Wir billigen es, daß die neue Regierung die Reparationsnote des Kanzlers Wirth übernimmt und hierin den Kurs der vorigen Regierung weiter verfolgt wird, drücken damit aber nicht das Vertrauen aus, daß der neue Reichskanzler diesen Kurs einhalten imstande ist. Wenn er von diesem Kurs abweicht, wird er unsere lebhaftesten Widerstand finden. Ebenso, wenn er den verhängnisvollen Versuch machen sollte, die Zwangsarbeit vollstän dig zu beilegen. Die Steigerung der Produktion ist eine alte sozialdemokratische Forderung, gegen jeden Versuch jedoch, am Achtstundentage zu rütteln, werden wir entschieden ankämpfen. Redner unterzieht alsdann die einzelnen neuen Minister einer Kritik und greift den Ernährungsminister Müller-Born heimlich an, weil er nicht nur ein Vertreter der agrarischen Interessen, sondern der ausgesprochene Führer der rheinischen Sonderländer sei und fordert den Reichskanzler auf, allen Vorwürfen gegen den Minister nachzugehen und zu prüfen, ob Herr Müller überhaupt in der Regierung der deutschen Republik sitzen dürfe. An Dr. Becker schätze er seine Ehrlichkeit und Kampfbereitschaft, weil er aber als Freund Deutschlands gegen das Gegenteil der Wirtschaftspolitik der früheren Regierung treiben werde, werde seine Partei ihn aufs schärfste bekämpfen. Für den Außenminister von Rosenbergs sei es keine Empfehlung, daß man ihm nachrühme, sich die diplomatischen Sporen in den Verhandlungen von Vrest-Litawitz und Bukarest verdient zu haben. Die Legende, daß das Ausland eine Regierung der Volkspartei mit Jubel begrüßen würde, ist bereits zerfallen. Jetzt wird die weitere Legende zu zerfallen sein, daß in Deutschland ohne oder gar gegen die Sozialdemokratie regiert werden kann. (Beifall bei den Soa.)

Abg. Dr. Marx (Z.) polemisiert gegen die Anwesenheit des Vorkämpfers. Wie hätten im Rücken einen anderen Feind als den Kapitalismus und die Arbeitsgemeinschaft. Heute habe der Feind vor den Toren, während der Parteitageländ getrieben werde (Sanktionskassen bei den bürgerlichen Parteien). Gerade die Sozialdemokraten hätten durch ihr Ausbleiben aus der Koalition die Regierungskrise herbeigeführt. Hier müßte angesichts der Gefahr für unser Volk einmal das Vaterland über die Partei gestellt werden. Dr. Breitscheid hat Herrn Dr. Wirth so gerühmt, um so unverantwortlicher ist es, daß die Sozialdemokraten das Kabinett geführt haben. Die sachlichen Gründe der Sozialdemokraten gegen die Große Koalition mit der Volkspartei sind kaum verständlich, nachdem in wochenlangen Vorbereitungen in Gegenwart und mit Zustimmung der Sozialdemokratie die Wege für das gemeinsame Programm geebnet waren und zumal ja in Brüssel die Große Koalition besteht. Redner protestiert gegen die Behauptung Breitschids, daß es sich um den Versuch handle, eine Herrschaft des Kapitalismus herbeizuführen. Mit dem gleichen Rechte könnte man ja sagen, daß die Sozialdemokratie mit ihrem Verhalten ihre Herrschaft über die bürgerlichen Parteien habe errichten wollen. Auch das Schlagwort, daß dieses Kabinett ein Kabinett der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft sei, weise er zurück. Seine Partei habe dem Reichskanzler auf dessen Antrag lediglich beantwortet, daß sie ihren Mitarbeitern den Eintritt in sein Kabinett nicht verweigern würde. Als Partei sind wir bei der Bildung des Kabinetts nicht befragt worden. Damit entfällt auch die Frage Breitschids, ob wir die Verantwortung für Dr. Müller-Born übernehmen. Das deutsche Volk rief in seiner höchsten Not nach seinen Wirtschaftsführern, die so oft Kritik an den früheren Regierungen geübt haben; diese haben es abgelehnt, ihre Pflichten der Regierung zur Verfügung zu stellen. Damit haben sie sich das Recht auf Kritik der Regierung vorbehalten. Wie danken dem bisherigen Kanzler für seine Arbeit, die er als echter Deutscher zum Wohle des Volkes geleistet hat. Das Bekenntnis zur Reichseinheit, das der neue Kanzler unter gleichzeitiger Wahrung der Eigenart der Länder abgeben habe, begrüße Redner mit großer Freude. Ein zentralistischer Staatsaufbau sei für Deutschland nicht annehmbar. Redner schlägt seine Ausführungen mit der Forderung an die Regierung, gegen Schlemmerei und Luxus energisch vorzugehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Dierck (Dnt.) verliest eine Erklärung seiner Fraktion, in der es heißt: Die Zusammenlegung der Reichsregierung und die Geschäfte ihrer Entstehung weisen neue Wege auf, die für eine Befreiung der politischen Verhältnisse von weltlicher Bedeutung werden können. Das Kabinett Wirth ist an der Schwäche seiner Politik zusammengebrochen. Der Fortsetzung einer Erfüllungspolitik auf Kosten der Substanz des deutschen Volkvermögens werden wir unter keinen Umständen zustimmen. Wir halten es für einen Fortschritt, daß die Kabinettsbildung ohne die Sozialdemokratie vorgenommen ist und erwarten von der neuen Regierung, daß sie Ordnung und Autorität des Staates gegen Anarchie und Gewalt, wo immer sie sich finden, schützen wird. Sie wird dabei unsere Unterstützung haben. Endlich muß gleiches Recht für alle geschaffen werden durch Befreiung der Ausnahmestellen. Wir sind bereit, der neuen Regierung die verfassungsmäßige Mitarbeit zur Förderung der Geschäfte zu geben. Immerhin müssen wir es uns je nach der Tätigkeit der Regierung vorbehalten, in der Opposition zu bleiben und so auch weiterhin positive Arbeit zu leisten. (Beifall rechts, Lachen links.)

...nen
...pfel
...ert,
...he 28.
...tauf
...hüwert
...echt
...ahnhof.
...tauft
...preis
...egler
...e 56.
...elle
...it
...berberl
...he 31
...er
...er
...e,
...s
...so

bemerkte, die Rede Breitschelds habe weder den Interessen des Landes, noch dem Ernst der Stunde entsprochen. Die Art, wie der Reichstag immer mehr an Achtung im Volke verliere, sei bei der jetzigen größeren Verantwortung des Parlaments eine Gefahr für das Reich. Dem müsse durch eine Änderung des Wahlrechts entgegengetreten werden, welche den Wähler wieder in engere Berührung mit seinem Abgeordneten bringe. Redner wendet sich dann gegen die Behauptung von der moralischen Schuld Deutschlands am Kriege, sieht in der Politik Poincarés die Fortsetzung der Politik eines Frankreichs der Clemenceaus und Napoleons, er klagt über die Schwärze Schmach und die Politik der Ultimaten und Sanktionen und fordert eine nationale Einheitsfront und eine klare Richtung in der Außenpolitik. Die notwendige Verminderung des Beamtenpersonals dürfe nicht ausschließlich auf Kosten der weiblichen Kräfte geschehen. Mit der ideematischen Gleichstellung der Löhne müsse ein Ende gemacht werden, damit nicht die ungelerten Arbeiter eine Vorrangstellung auf Kosten der qualifizierten Kräfte genießen. Wir müssen uns dem Veffimismus und der Apatie zum Optimismus der Tat und Aktivität kommen. Denen, die uns die Lebensmöglichkeit nehmen wollen, rufen wir zu: Hütet euch, ein 60-Millionen-Volk zur Verzweiflung zu bringen! (Beifall bei den Dem.)

Hg. Roenen (Komm.)

nennt die Aufnahme des neuen Kabinetts durch den Reichstag eine Komödie und polemisiert gegen die Sozialdemokraten und insbesondere gegen den Hg. Breitscheld, denen er die Schuld daran zuschreibt, daß sie vor der Bildung einer sozialistischen Regierung zurückgeschreckten seien. Nur so sei es mit Hilfe des sozialdemokratischen Reichspräsidenten möglich gewesen, daß eine kapitalistische Regierung gebildet werden konnte. Durch das Verhängnis mit der Arbeitsgemeinschaft und durch die Festlegung auf deren Programm, das die Vereinfachung der Zwangswirtschaft und die Einführung des Achtstundentages bedeute, hätten die Sozialdemokraten Verrat an der Arbeiterklasse begangen. Inzwischen ist ein Antrag Dr. Petersen (Dem.) eingegangen. Der Reichstag wolle beschließen:

Der Reichstag hat die Erklärung der Reichsregierung zur Kenntnis genommen und billigt, daß sie die Note vom 13. November d. J. zur Grundlage ihrer Politik machen will.

Ernährungsminister Müller-Bonn

weist den Vorwurf des Landeserrats, den Hg. Breitscheld gegen ihn erhoben habe, auf das Unentschiedene zurück, und fordert ihn auf, sein Beweismaterial vorzulegen. (Zuruf b. d. Soz.: Hier liegt es!). Im Jahre 1919 hätten dem Rheinlandproblem viele angesehenen Männer im gleichen Sinne wie er gegenübergestanden, nämlich dem Rheinland in Verbände des Deutschen Reiches eine seiner Eigenart entsprechende Stellung zu sichern. Niemand habe er einer Bewegung angehört, die auf einer Abtrennung von Gebietsteilen vom Deutschen Reich oder auf einer Lockerung des Reichsgesetzes hinfiele. Als Persönlichkeiten sich einschoben, mit denen ein deutscher Mann nichts zu tun haben könne, habe er sich von dieser Bewegung getrennt. Die Kölner Mitbürger hätten ihm ihr Vertrauen durch Wahl zum Stadtverordneten bewiesen. Er habe vor zwei Jahren als mittelbarer Staatsbeamter die republikanische Verfassung des Reiches und Weichens beschworen. Die Getreideumlage habe er als Vertreter der Landwirtschaft bekämpft, er habe aber als Minister die Pflicht, die Umlage bereinzuhalten und werde das im vollen Einverständnis mit der Landwirtschaft tun. Im übrigen habe ihm der Reichsanwalt zugelagt, die Angelegenheit zu klären.

Hg. Solmann-Röhl (Soz.)

erklärt, er wolle ohne jede persönliche Voreingenommenheit im Interesse der geschichtlichen Wahrheit die Sache richtigstellen. Als 1919 das Rheinland am meisten vor der Gefahr stand, der französischen Eroberungsmacht zum Opfer zu fallen, hätten sich die rheinischen Vertreter aller Parteien, auch des Zentrums, dahin verständigt, daß eine Volksabstimmung über eine Loslösung von Preußen in diesem Augenblick im Rheinland die schwerste Gefahr bedeuten würde, darum wurde im nationalen Interesse eine zweijährige Sperre für diese Abstimmung festgesetzt. Gegen diese in der Verfassung festgelegte Sperre leitete Dr. Müller-Bonn eine Bewegung ein, welche der Verfassung zuwider sofort eine Volksabstimmung über die Gründung einer rheinischen Republik vornehmen wollte. Zusammen mit Dr. Weber, Ruchhoff, Kattner und anderen separatistischen Ausschüßten war er Leiter des Aktionsausschusses. Das Treiben dieses Aktionsausschusses, in dem auch die intimen Freunde Dr. Dortens saßen und von dem sich verschiedene Mitglieder mit dem französischen General Mangin in Verbindung gesetzt hatten, wurde von der damaligen Regierung als Hochverrat gekennzeichnet. Das Zentrum ist von dieser Bewegung, die von Dr. Müller geleitet wurde, entschieden abgetrennt und die „Germania“ hat sein Verhalten als schamlos bezeichnet. Als Rheinländer mußte er erklären, Dr. Müller, der Kamerad Dortens, gehöre nicht in die Regierung des deutschen Volkes.

Reichsanwalt Cuno erklärt, er könne im Augenblick auf diese Angelegenheit nicht eingehen, der Fall werde objektiv untersucht und das Ergebnis dem Hause mitgeteilt werden. Gegen 10 Uhr wird die Weiterberatung auf Sonnabend 10 Uhr vormittags vertagt.

Breitestimmen zur Regierungserklärung.

In der deutschnationalen Presse fehlt diesmal die Einheitsfront bei der Stellungnahme zu der gestrigen Regierungserklärung des Reichsanwalts. Die „Deutsche Jg.“ als Sprecherin für den äußersten rechten Flügel der deutschnationalen findet zwar in der Erklärung viel Anerkennungswertes, nimmt aber Anstoß daran, daß er die Erfüllungspolitik, allerdings mit der Einschränkung: „soweit es unsere Kraft erlaubt“, fortsetzen wolle. Im Gegensatz dazu sagt die „Deutsche Tagessta.“: Wir können es uns in der jetzigen Situation nicht leisten, an jedem Cap einer programmatischen Erklärung die Möglichkeit irgendwelcher Kritik zu erproben. Soweit das Programm der neuen Regierung auf der Note an die Reparationskommission basiert, wird man ihm zukünftig vorbehaltlich der Art der praktischen Durchführung. Daß man für diese selbst neue und bessere Voraussetzungen geschaffen hat, das ist aus dem Programm Dr. Cunos, wenigstens soweit der erste Wille in Frage kommt, zu entnehmen. Der „Vorwärts“ enthält sich einer sachlichen Beurteilung der Erklärung. Er nennt sie eine gute Gedemütigungsarbeit, bei der alles auf Angelagern läuft und es daher keine Reibung und Stöße gibt; infolgedessen entkehe auch keine Wärme. Das Blatt unterstreicht nochmals die Worte Breitschelds, daß in Deutschland ohne oder gegen die Arbeiter nicht mehr regiert werden könne. Die „Note Fabus“ faßt ihr Urteil in die Worte zusammen: Gegen das Cuno-Programm steht das Programm des kämpfenden Proletariats.

Um den Generalstreik.

Im Reichsbetriebsrätekongress wurde gestern von den Delegierten des Ruhrgebietes und Mitteldeutschlands sowie der Wäls ein Antrag eingebracht, der die baldige Durchführung eines Generalstreiks verlangt. Unmittelbar nach Beendigung dieser Tagung müßten unter Führung der Betriebsräte unter Organisation der revolutionären Opposition der Generalstreik alle Vorbereitungen für diesen Generalstreik getroffen werden. Eine Debatte über diesen Antrag fand noch nicht statt.

Unruhen und Streiks.

Donnerstag in vorgerückter Abendstunde kam es in Braunschweig zu neuerlichen Zusammenstößen. Nach Schluß der kommunikativen Versammlung zogen einige hundert Teilnehmer durch die Straßen. Schußmannschaft setzte sich ihnen entgegen und zerstreute die Menge, wobei sie mehrfach mit blanker Waffe vorgehen mußte. Ein Anzahl Personen wurde festgenommen.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Wismar wurde mitgeteilt, daß bei den dortigen Feuerwehrgesellschaften für hundert Millionen Mark Schäden angerichtet worden ist. In dem bereits gemeldeten Brandüberfall auf einen Güterzug zwischen den Stationen Wismar-Balk und Gremberg wird noch gemeldet: Nach den bisherigen Feststellungen sind Güter im Werte von etwa 700.000 Mark und eine Rinde Fleischwaren im Werte von etwa 50.000 Mark geraubt worden. Die Bande konnte nicht überwältigt werden, weil von sieben Schusswaffen der Bahnpolizeibeamten fünf versagten. Unter der Bande, deren Mitglieder größtenteils bekannt sind, befinden sich ehemalige Justizhelfer und Straflinge. Wie weiter aus Wismar gemeldet wird, wurden in den letzten 14 Tagen im dortigen Bezirk fast jede Nacht Überfälle auf Güterzüge angeführt, wobei den Räubern Güter im Gesamtwerte von zehn Millionen Mark in die Hände fielen. So wurde in der Nacht zum 17. ein Güterzug zwischen Kirberg und Kallshöfen überfallen, nachdem bereits vier Nächte hintereinander an derselben Stelle Überfälle verübt worden waren. In diesem Falle gelang es, den Räubern die einen Wert von 3 1/2 Millionen Mark darstellenden Güter wieder abzugewinnen. Die Bande selbst konnte allerdings nicht mehr gefaßt werden.

Die Arbeiter am Fischmarkt sowie die Arbeiterinnen und Arbeiter der Fischindustrie in Cuxhaven sind wegen Nichtbewilligung ihrer Forderungen in den Ausstand getreten. Zur Lösung der eingetrossenen Fischdampfer mußte bereits Technische Rostisse herangezogen werden.

Faschisten und Kommunisten.

Im preußischen Landtag erklärte bei der gemeinsamen Beratung der großen Anfragen der Deutschnationalen über die Terrorisierung deutschnationaler Arbeiter und der Kommunisten über einen drohenden Rechtsputsch der Minister des Innern, Severing, die Kommunisten malten solange die Faschistengefahr an die Wand, bis man nicht mehr daran glaube und bis dann wirklich einmal der Welf komme. Wenn man an die Vorgänge in Düsseldorf und Köln denke, so erhalte man doch den Eindruck, daß es gerade die Kommunisten seien, die den Anlaß zur Faschistenbewegung in Deutschland geben. In Italien hätten auch erst die Kommunisten durch Ausschreitungen den Faschismus hervorgerufen. Er könne nicht finden, daß die ungarischen, russischen und italienischen Gegenrevolutionäre gemeinsame Sache machten, besonders daß das auf deutschem Boden geschehe. Bezüglich der Ausweisungen ausländischer Kommunisten erklärte der Minister, er gebe nur gegen diejenigen vor, die das Wahlrecht verletzten. Wie berechtigt dieser Standpunkt sei, zeugte die Sprache der „Roten Fahne“ und anderer kommunistischer Organe zur Genüge.

Die Lausanner Friedenskonferenz.

Die Lausanner Konferenz gab gestern mittag folgendes amtliche Communiqué heraus: Heute morgen 9 Uhr 30 Minuten trat der Interkommunikationsrat zusammen, der mit der Prüfung der Entmilitarisierung einer Zone längs der westbalkanischen Grenze und des wirtschaftlichen Zugangs Bulgariens zum Ägäischen Meer beauftragt ist. Er stellte den Bericht fertig, der dem Ausschuss für territoriale und militärische Fragen unterbreitet wird. Dieser Ausschuss wird heute nachmittag um 4 Uhr 30 Minuten von dem Bericht Kenntnis nehmen.

Der Abendbericht der Konferenz hat folgenden Wortlaut: Der Ausschuss für territoriale und militärische Fragen nahm von dem Bericht des Interkommunikationsrat Kenntnis. Dieser Bericht setzt die Bedingungen fest, unter denen eine Zone von Schwörzen Meer zum Ägäischen Meer entmilitarisiert werden könnte, und steht auf der anderen Seite die Bildung eines internationalen Ausschusses vor, der den Bau eines Freihafens in Debarca oder in der Umgebung sicherstellen müßte. Dieser internationale Ausschuss soll für die Verteilung und Ausbeutung des Hafens sowie für Überwachung und Ausbeutung der Eisenbahn Sorge tragen. Der Bericht greift die Regelung der Grenzfrage nicht vor. Der Ausschuss nahm von diesem Dokument Kenntnis, wobei er sich die Lösung der Frage, ob eine eventuelle Entmilitarisierung mit Garantien verbunden sein soll, vorbehielt. Die bulgarische Abordnung wurde über den wirtschaftlichen Zugang Bulgariens zum Ägäischen Meer vernommen. Der Ausschuss wird morgen um 11 1/2 Uhr über die europäischen Grenzen der Türkei die Debatte wieder aufnehmen. — Wie man in Ergänzung dieser amtlichen Mitteilung erfährt, fordert die Türkei, daß die entmilitarisierte Zone unter Garantie der Signatarmächte gestellt werde. Anschließend der Frage des Korridors für Bulgarien sollen Meinungsverschiedenheiten zwischen der griechischen und der bulgarischen Abordnung entstanden sein. Die Türkei teilt die Auffassung der bulgarischen Abordnung.

Die Pariser Verhandlungen über die Brüsseler Konferenz.

Ueber die am Donnerstag in Paris abgehaltenen Verhandlungen über die Brüsseler Konferenz berichtet „Le Rowelle“, Poincaré und Demunis hätten lange geheime Unterredungen miteinander gehabt, über die kein Protokoll geführt worden sei. Der belgische Ministerpräsident habe Poincaré erklärt, er wüßte die Konferenz nur dann, wenn von hundert Möglichkeiten neunzig Aussicht auf Erfolg hätten. Nach seiner Ansicht sei bis jetzt nichts ernstliches für die Konferenz unternommen worden, und er könne nicht einsehen, wie man ohne die Beteiligung Amerikas das Reparationsproblem lösen wolle. Amerika aber wolle nicht kommen, wenn die Frage der alliierten Schulden aufgeworfen werde. Wenn man andererseits diese Frage nicht aufwerfe, zu welchem Ziele könne die Konferenz dann führen? Bonar Law habe nach „Le Rowelle“ die ausdrücklichen Vorbehalte hinsichtlich der britischen Beteiligung gemacht. Poincaré sei für die Konferenz eingetreten, und habe namentlich von dem in Lausanne mit Lord Curzon erzielten Abkommen gesprochen. Schließlich habe man Paris verlassen, der über den Plan der Reparationskommission gesprochen habe, nämlich über einen Anleiheplan, durch den man die Mark retten wolle, damit die Reparationen bezahlt werden könnten. Gestern abend habe man dann, wie es scheint, den Beschluß gefaßt, daß Einladungen zur Brüsseler Konferenz von den Entschiedenungen abhängen sollten, die die vier Ministerpräsidenten bei ihrer Vorbesprechung treffen würden. Mit anderen Worten: die Konferenz sei nach der gestrigen Unterredung aus dem Gebiet der Gewißheit in das der Vermutung getreten. Der belgische Ministerpräsident Demunis, der gestern vormittag zusammen mit dem belgischen Minister des Äußeren Jaspars von Paris nach Brüssel zurückzuziehen wollte, hat seine Abreise aufgeschoben. Minister Jaspars hat gestern vormittag, wie vorgelesen, Paris verlassen.

Die Sitzung der Reparationskommission.

Wie die Agence Havas über die gestrige offizielle Sitzung der Reparationskommission mitteilt, stehen u. a. die Forderungen, die Anwendung des Bemelmans-Abkom-

Das Geld behält seinen

Wert. Man muß es nur richtig anwenden. Das erkennt man am besten, wenn man seine Kleider, Hüfen, Gardinen, Strümpfe usw. mit den wertvollsten „Geldmännchen“ Markte „Buckstoss im Stern“ selbst färbt und dann sieht, welcher prächtigen Erfolg man durch die kleine Ausgabe erzielt hat.

mens auf Rumänien und die deutschen Holzlieferungen auf der Tagesordnung. Im übrigen haben die Delegierten in ständiger Verbindung mit ihren Regierungen, um ihnen die Unterlagen zu den Vorarbeiten für die Brüsseler Konferenz zu liefern.

Clemenceaus Amerikareise.

Wie aus Washington gemeldet wird, hat die Erklärung Clemenceaus, daß Deutschland einen neuen Krieg vorbereite, einen Proteststurm von seitens amerikanischer politischer Führer hervorgerufen. Clemenceau wurde von zahlreichen Senatoren und ebenso von Mitgliedern des Repräsentantenhauses ohne Unterschied der Partei bestig angegriffen. Sie erklärten, daß, wenn Deutschland einen Krieg vorbereite, Frankreich die Verantwortung dafür trage. Clemenceaus Reise nach den Vereinigten Staaten sei ein Versuch, die Vereinigten Staaten mit hineinzuziehen. Senator Borah erklärte, kein lebender Mann sei mehr verantwortlich für das augenblickliche Elend in Europa als Clemenceau; denn er trage mehr als ein anderer Mann die Verantwortung für die zerkündernden Bedingungen des Versailler Friedensvertrages. Am bedauerlichsten sei die Verschuldung der Christlichkeit gegenüber Amerika. Diese Verschuldung sei ebenso unbegründet wie undenkbar. Frankreichs Haltung auf der Abrüstungskonferenz sei zu verurteilen. Borah wies auf die Ungerechtigkeiten des Versailler Vertrages hin und fügte hinzu, Frankreich und Großbritannien seien eben dabei, Syrien und Mesopotamien auszugeben. — Senator Hitchcock erklärte, es sei wahr, daß Deutschland die Türkei und Rußland allmählich zusammenrückte, Frankreich treibe sie jedoch durch seine Haltung zu ihrer Vereinigung, und er forderte Clemenceau auf, die Reparationsfrage ganz offen darzulegen und die Anwesenheit von schwarzen Truppen am Rhein, die nicht gerechtfertigt werden könne, zu erklären. Wenn Frankreich einen Abgesandten schicken wolle, um die Sympathie der Vereinigten Staaten zu gewinnen, so hätte es eine geeignetere Person schicken können als Clemenceau, der eine Politik der Härte gegenüber Deutschland vertritt. Die auswärtige Politik der amerikanischen Regierung müsse geändert werden, wenn die Ruhe in Europa bestehen solle. Deutschland besinde sich am Rande eines Aufstandes infolge der französischen Reparationspolitik. Es sei vollkommener Unfuss, zu erwarten, daß Deutschland den von Frankreich gestellten Forderungen nachkommen könne. „Die französische Politik ist eine Politik des Krieges und nicht des Friedens.“ Er persönlich habe in der Vergangenheit strenge Kritik an der Politik der amerikanischen Regierung geübt, die Europa in einer Zeit im Stich ließ, in der es der amerikanischen Hilfe und des moralischen Einflusses der Vereinigten Staaten sehr bedürfte, er nehme an, daß das amerikanische Volk sehr eifersüchtig sei, daß es an dem Mangel amerikanischer Hilfe für Europa liege, wenn die Vereinigten Staaten in den letzten beiden Jahren materiell geschädigt worden seien und eine ernsthafte Depression durchgemacht hätten.

Auf eine Zwischenfrage seines politischen Gegners Senators Borah antwortete Hitchcock, Clemenceaus Vorschläge seien etwas nebelhaft, er wüßte zeigen, daß es viele unüberwindliche Hindernisse für ein amerikanisches Zusammengehen mit Frankreich gebe, solange Frankreich bei seiner heutigen Politik gegenüber Deutschland bleibe. Er habe keinen Haß gegen Frankreich und seine übermäßige Liebe zu Deutschland, was er sage, beruhe jedoch auf der Hoffnung und dem Wunsch, daß Frankreich eines Tages seinen Irrtum erkennen und gegenüber der deutschen Republik eine neue Politik der Freundschaft einschlagen werde. Das erste Hindernis, das zwischen Amerika und Frankreich bestehe, sei, daß Frankreich hartnäckig von Deutschland Unmögliches in der Reparationsfrage verlange und daß es hierin der öffentlichen Meinung der ganzen Welt troze. Frankreich wüßte, wie ihm scheint, lieber, daß Deutschland nicht zahlen könne, als daß es wirtschaftlich fast genug werde, um seine Zahlungen zu leisten. Hitchcock zitierte Mittis Buch vom friedlosen Europa und fuhr fort, es sei der denkbar größte Unfuss, zu behaupten, daß Deutschland die ungeheuren Reparationsforderungen begleichen könne. Frankreichs Haltung sei recht eigentlich dazu angetan, Deutschland zur Befolgung einer Junkerpolitik zu zwingen. Deutschland sei eine Republik, aber Frankreich treibe es in die Enge und treibe es so vom Frieden in den Krieg hinein. Er sage das im vollen Bewußtsein der französischen Rolle und in voller Kenntnis der Wiederherstellungsbedürfnisse Frankreichs. Er wüßte die Aufmerksamkeit des Senats ferner auf die provozierende und widerliche Befolgung rheinischer Städte durch französische schwarze Truppen zu lenken. Amerika könne einer Nation, die hartnäckig bei einer militärischen Eroberungspolitik bleibe, seine moralische Unterstützung nicht gewähren. Clemenceau wolle einen bewaffneten Frieden, der ihm dazu dienen solle, Deutschland zu zerschütten und es dem militärischen Frankreich auf Gnade und Ungnade auszuliefern. Senator Borah unterbrech und bemerkte, Frankreich verlange Unterstützung der Vereinigten Staaten mit Soldaten und Geld, um die französischen Grenzen zu bewachen und Deutschland Bedingungen aufzuzwingen, die die Welt weder als fair noch als gerecht betrachte. Senator Hitchcock verlangte dann, daß Frankreich zum mindesten teilweise abstehe und so wenigstens den Buchstaben, zum mindesten den Geist seines eigenen Vertrages ausführe.

Senator Borah griff schließlich noch einmal die französische Politik wegen ihrer übertriebenen Heerevergrößerung an.

Nach einer Havasmeldung aus Newyork erklärt die „Newyork World“ zur Rede Clemenceaus, wenn er auf die amerikanische öffentliche Meinung Einfluß gewinnen wolle, so müsse er beweisen, daß es in Frankreich politische Kräfte gäbe, die einen Frieden auf Grund durchführbarer Reparationen und gegenseitiger Garantie wünschten.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington verlautet, daß die Vereinigten Staaten binnen kurzem an die französische Regierung eine Anfrage wegen ihrer Haltung gegenüber den Washingtoner Abmachungen zur Einschränkung der Rüstungen zur See richten werden. Dochgestellte Persönlichkeiten aus der Regierungskreisen hätten ihr Erstaunen geäußert über die Erklärung von Dequand, daß der Washingtoner Vertrag nur mit sehr weitgehenden Vorbehalten von der französischen Kammer ratifiziert werden könne.

Die auswärtige Politik Englands.

Im englischen Unterhause brachte Bonar Law gestern vormittag den Gesetzentwurf über die Verfassung des Britischen Reiches ein. Die Erörterungen in der gestrigen Sitzung waren den auswärtigen Angelegenheiten gewidmet. Mehrere Arbeitervertreter beteiligten sich an der Debatte. Der Unterhausesekretär für auswärtige Angelegenheiten MacNeill erklärte, nicht nur die Regierungen von Frankreich und Italien hätten in Lausanne sich in vollkommener Harmonie mit Großbritannien zusammengeschlossen, sondern

auch die Staatsmänner der Kleinen Entente seien gleichberechtigt in allen Hauptfragen einig mit Großbritannien. Wg. Bessis führte aus, man könne die augenblickliche Lage auf dem Festlande nur mit der größten Vorsicht betrachten. Heberoll lebe man eine Nation im Ruin oder einer Nation, die in den Ruin gezogen werde. Die Lage der feindlichen Währung werde immer schlechter. Alles deutete auf die Notwendigkeit enger internationaler Zusammenwirkungen hin als Bedingung für eine Besserung der Lage. Wg. Bessis erklärte, kein Vertrag mit der Türkei würde vom britischen Volk als befriedigend angesehen werden, der nicht in angemessener Weise die Freiheit der Meeresengen sichere. Die Frage der Reparationen sei von überragender Bedeutung, da auf sie zahlreiche kommerzielle und industrielle Schwierigkeiten für England zurückzuführen seien. Er freute sich, daß Bonar Law bald mit Volcaro zusammenzutreffen werde, um zu einer Lösung dieser Frage zu gelangen. Fisher trug ab, der Premierminister im Unterhaus einen Tag zur Erörterung der Reparationsfrage bestimmen werde. Noel Burton wies darauf hin, daß die Arbeiterpartei die Lage in staatsmännischer Weise ansehe und ihren Standpunkt in einer großen Anzahl auswärtiger Fragen sehr einsehend darlege. Staatssekretär McNeill erwiderte, das erste Ziel, das Lord Curzon im Laufe seiner Reise, sei die Zusammenkunft der Entente. Curzon verleihe die Frage der Freiheit der Meeresengen in Lausanne nicht aus den Augen. Auf die Frage Fishers erklärte McNeill, Curzon sei der Ansicht, daß so bald wie möglich die Reparationsfrage erörtert werden müsse. Wg. Morel erklärte, die Arbeiterpartei werde einen unabhängigen Druck ausüben, bis sie die von ihr geforderte Kontrolle über die auswärtigen Angelegenheiten geklärt habe. Die europäische Lage sei das unmittelbare Ergebnis der sog. Friedensverträge und diese Friedensverträge selbst seien das Ergebnis von Geheimverträgen und Abmachungen, die hinter dem Rücken des Parlaments und des Landes während des Krieges von der liberalen Regierung abgeschlossen worden seien. Die Erklärung, daß Deutschland zahlen werde, sei der größte Mist, der dem Lande jemals zugemutet worden sei; sie sei zum größten Teil von den Kreisen vorgebracht worden, die befürworteten, ihr die während des Krieges von ihnen erzielten Gewinne besteuert zu werden.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der bayerische Innenminister über die Nationalsozialisten. Wie berichtet, stand dieser Tage im bayerischen Landtage die sozialdemokratische Interpellation über die Nationalsozialisten zur Verhandlung. Aus den schon kurz erwähnten Ausführungen, die hierbei der Minister des Innern, Dr. Schwarz, machte, teilt jetzt die „Deutsche Zeitung“ noch folgende Stellen mit: „Seit dem Staatsstreich Mussolinis ist die nationalsozialistische Bewegung plötzlich für viele der Brennpunkt aller Hoffnungen und Gegenstand stürmischer Begeisterung, für andere Grund zu Sorge geworden. Seit Mussolinis Erfolg hat die nationalsozialistische Partei einen großen Aufschwung genommen. Der Aufzug soll ganz besonders sehr stark aus den Linksparteien sein. Der Grund dieser aufsteigenden Bewegung liegt in der Bedrückung des deutschen Volkes durch den Friedensvertrag, zu dessen Annahme sich das deutsche Volk gezwungen, irreführt durch den Trugschluss internationaler Wägen, bereitfinden ließ. Mit elementarer Gewalt kommt dem ganzen deutschen Volk immer mehr der wirkliche Sachverhalt zum Bewußtsein, und diese Teile des Volkes wenden sich von den bisherigen Führern ab und suchen jetzt nach neuen Propheten und neuen Evangelien. Ohne der preussischen Regierung bei ihrer Auflösung der nationalsozialistischen Verbände zu nahe treten zu wollen, darf ich aber doch wohl sagen, daß sich andere Bewegungen schon in viel gefährlicheren Formen in Preußen geäußert haben, ohne daß zur Auflösung geschritten worden wäre. Das viel verkörperte Bayern ist hier in der Gewährung der jeder Partei zustehenden verfassungsmäßigen Rechte freier und weniger ängstlich als der Norden Deutschlands. Die Gerichte, die in der letzten Zeit über die Nationalsozialisten und über die Reaktion aufgetreten sind, können mich nicht veranlassen, an diesem meinem Standpunkt etwas zu ändern. Unternehme, die für die Wut in den letzten Wochen angefaßt wurden, sind abgerufen, ohne daß wesentlich Klabe und Ordnung gestört worden wären als nur durch die Gerichte selbst und durch die Vorbereitungen von links zur „Abwehr“ dieser angeführten Wut.“

Das braunschweigische Landesamt für das Volksschulwesen hat eine Verfügung erlassen, in der sämtlichen volksschulpflichtigen Kindern des Landes die Teilnahme an Straßendemonstrationen verboten wird und die Eltern der Kinder für die Befolgung des Verbotes verantwortlich gemacht werden.

Der Staatsgerichtshof setzte den Termin zur Hauptverhandlung gegen die des Hochverrats an Oberbürgermeister Scheidemann angeklagten Süster und Dellshäger auf den 4. Dezember an. Der Prozeß, zu dem vierzehn Zeugen und zwei Sachverständige geladen sind, wird etwa drei Tage in Anspruch nehmen. — Die Beschwere gegen das Verbot der Vereinigung „Brüder vom Stein“ vorwärts der Staatsgerichtshof als unzulässig.

Das deutsch-polnische Bergwerksabkommen. Der 41. Reichstagsauschuß beschäftigte sich mit dem Gesetzentwurf, der das deutsch-polnische Oberschlesien-Bergwerksabkommen betrifft. Die neue Landesgrenze zwischen Deutschland und Polen durchschneidet in Oberschlesien insgesamt 120 Bergwerke, darunter 55 Steinkohlen-, sowie 48 Zink- und Bleibergerwerke, von denen 48 in Betrieb stehen. 34 dieser Bergwerke werden von der neuen Grenze mehrfach durchschnitten. Der Auschuß stimmt dem Abkommen, das eine Vereinbarung zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Polen über die hoheitsrechtlichen Verhältnisse der durchschnittenen Bergwerke darstellt, in allen Teilen zu.

Republik Oesterreich.

Die drei Genfer Protokolle genehmigt. Der Nationalrat erteilte gestern nach kurzer Debatte in namentlicher Abstimmung mit 103 Stimmen der Christlich-Sozialen, der Großdeutschen und der Deutschen Bauernpartei gegen 68 Stimmen der Sozialdemokraten den drei Genfer Protokollen die verfassungsgemäße Genehmigung. Der Bundeskanzler stellte im Laufe der Debatte unter Hinweis auf die verschiedenen Aeußerungen ausländischer Staatsmänner, die zu Gunsten Oesterreichs lauteten, das Vertrauen fest, daß sich seit dem Abschluß der Genfer Vereinbarungen gezeitigt habe, und erklärte, auf Grund dieses Vertrauens wachse der Mut, an das große Werk der Selbsthilfe, das nach Eröffnung der Auslandshilfe durchgeführt werden müsse, mit

allem Ernst voranzutreten. — Oesterreich begann die zweite Sitzung des Wiederaufbaugesetzes.

Wie Sultan Mohammed VI. stog.

Auf romantische Weise hat der 37. Sultan aus dem Hause Osman sein Reich verlassen und eine neue „Dehşet“ oder „Blut“ vollzogen, wie sie einst der Prophet zum Ausgangspunkt seiner neuen Religion machte. Nähere Einzelheiten über diesen einzigartigen Vorgang in der Geschichte der osmanischen Herrscher teilt der in Konstantinopel weilende englische Berichterstatter Ward Price mit. Mohammed VI. hatte großes Glück, daß es ihm gelang, die Wachsamkeit der nationalsozialistischen Offiziere zu hintergehen, die von dem Polizeipräsidenten Rasit Pascha in Nizid stationiert waren, um ihn zu bewachen. Diese Offiziere erfuhren von der Flucht erst, als sich der Herrscher bereits an Bord des britischen Kriegsschiffes „Malana“ befand und waren darüber ganz verzweifelt. Rasit war wütend und telegraphisierte die Nachricht mit tiefstem Bedauern nach Angora. Die britischen Regierungsveteren hatten zwar erklärt, dem Sultan den von ihm erbetenen Schutz als dem Kalifen aller Muselmänner zu gewähren, aber sie weigerten sich, ihm eine Wache in den Palast zu schicken; sie hätten dies für eine unzulässige Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei gehalten. Der Sultan mußte also allein seine Vorbereitungen treffen und auf eigene Faust die Fahrt bis zum Hafen unternehmen, wo ihn der hohe Kommissar Neville Henderson erwartete. Der Sultan dachte eigenhändig seine persönlichen Zusammenkünfte, seine Feldmarschalluniform und die Abzeichen der höchsten türkischen Orden in ein paar Koffer, und ließ sie am 1. März, als die nationalsozialistischen Wachen schliefen, dann ließ er seine Frauen wecken und nahm von ihnen Abschied. Mohammed VI. besitzt drei offizielle Frauen. Die älteste, die heute etwa 50 Jahre ist, heiratete er, als er ein Gefangener seines Bruders Abdul Hamid war; er hatte von ihr zwei Töchter, von denen eine mit dem Sohn seines Vaters Abdul Medjid, des neuen Kalifen, verheiratet ist. Seine zweite Frau, eine große schöne Erscheinung, ist 32 Jahre; von ihr stammt sein einziger Sohn, der 10jährige Prinz Ergosbrun, den der Sultan auf die Flucht mitnahm. Um die dritte Frau ist ein Schiller des Geheimnisses gedreht. Er soll sie erst vor zwei Monaten geheiratet haben; sie ist die blendend schöne Tochter eines Gärtners, die erst 16 Jahre zählt, während er 61 ist. Außer diesen Gemahlinnen weilen noch etwa 20 Frauen im Harem von Nizid; es sind Sklavinnen und Nebenweiber, die zum großen Teil von den verschiedenen Provinz-Gouverneuren dem Sultan zum Geschenk gemacht wurden. Seinen ganzen Harem, auch die drei rechtmäßigen Frauen, ließ der Sultan zurück. Sie werden jetzt von einer jungtürkischen Regiererin Tag und Nacht beaufsichtigt, und niemand weiß, was aus dieser Schaar schöner, verlockender und in strengem Gewand gehaltenen Frauen werden wird. Der Sultan hatte in der Nacht vor der Flucht einen Schlafraum gemietet, der direkt nach dem Garten hinausgeht, und hier empfing er noch einmal seine Frauen. Es bestanden ihn außer seinem kleinen Sohn zwei Kammerherren, der Oberst der Palastwache, ein Arzt, der Diener, dessen Pflicht es ist, den Gebetsort des Sultans auszubereiten, und ein paar persönliche Diener. Sie alle verließen am Morgen unbemerkt durch den Garten und in verdeckten Pforten den Palast, und hier warteten auf sie vier englische Kraftwagen. Der Wagen des Sultans fuhr zuerst ab, aber da die Autos verschiedene Wege fuhren, kamen die anderen Wagen früher am Hafen an, und es war eine Zeit peinlicher Ungewißheit, da man fürchten mußte, der Sultan sei im letzten Augenblick noch von den Jungtürken ergriffen worden. zehn Minuten später aber kam auch sein Wagen glücklich an, da der Chauffeur zur Vorsicht einen Umweg gemacht hatte.

Ein Charakterbild des neuen Kalifen.

Der neue Kalif, Abdul Medjid, der nach dem Erlösche des osmanischen Herrscher als das älteste männliche Mitglied des osmanischen Hauses nach dem bisherigen Sultan von der Nationalversammlung gewählt worden ist, war früher, wie alle Thronerben der hohen Porte, lange Zeit in strenger Abgeschlossenheit gehalten worden, und es ist nur wenig von seiner Persönlichkeit bisher bekannt geworden. Ein intimer Kenner seines Lebens entwirft nun in einem englischen Blatt sein Charakterbild. Der neue Kalif ist 54 Jahre alt und ein Sohn von Abdul Aziz, jenem Sultan, der nach einem kurzen Reich in einigen westlichen Ländern Europas mit den Worten nach Konstantinopel zurückkehrte: „Ich habe in diesen Staaten nichts lernen können.“ Neugierig ist der neue Kalif klein und schlank; seine frühzeitige Reife rührt vielleicht von dem beständigen Tragen des Fez her, den er als strenggläubiger Mohammedaner im Hause wie außer dem Hause trägt. Er hat eine feine, gesunde Hautfarbe, lebhaft blaue Augen, eine leicht gebogene Nase, und wenn er lächelt, zeigt sich hinter dem grauen Schmurbart eine Reihe von Zähnen mit Goldkronen. Er ist von sehr energischem und nervösem Temperament, nicht durch seine Zurückhaltung von den sonst so passiven Türken vorteilhaft ab. In seinem Auftreten ist er liebenswürdig und höflich, zugleich geschäftlich und sachlich. Er hat die Türkei nie verlassen, da ihm jede Reise früher streng verboten war. Viele Jahre seines Lebens hat er in der Einsamkeit seines Palast-Gefängnisses am Bosporus verbracht und er war ein Opfer Abdul Damids, der sich dadurch vor dem Sturz zu dem Thron hinter die eisernen Gitter eines Palast-Gefängnisses setzte. Auch der damalige Kronprinz Abdul Medjid wurde auf das sorgfältigste bewacht, war stets von Soldaten umgeben und durfte zur Außenwelt in keine Beziehung treten. In dieser langen Zeit seiner erzwungenen Zurückgezogenheit beschäftigte sich der Prinz mit dem Studium der europäischen Geschichte und ist daher über die Regierungsformen und die politischen Verhältnisse des Abendlandes ganz gut unterrichtet. Er wird als ein besonderer Freund Englands geschildert, und einer seiner Lieblingswünsche soll sein, einmal London zu besuchen. Während der Zeit seiner Bewachung suchte er sich durch angeregte Beschäftigung mit den schönen Künsten zu zerstreuen. Er erhielt die Erlaubnis, bei einem Musiklehrer und bei einem Maler Stunde zu nehmen, und seitdem ist besonders das Malen eine Lieblingsbeschäftigung Abduls geblieben. Er hat eine große Anzahl von Gemälden geschaffen, darunter sehr feine Kompositionen und Werke, die geschichtliche Stoffe darstellen.

Bezirks-Wohlfahrts-Versprechung.

In der Sitzungsaale der Amtshauptmannschaft Großenhain wurde am Donnerstag vormittag von 11 Uhr ab eine Versammlung abgehalten, die zum Zwecke hatte, jene Kreise, die für die amtliche oder die freiwillige Wohlfahrtspflege tätig sind, zu einer sozialen Arbeitsgemeinschaft zusammenzuführen. Der hierzu ergangenen Einladung war, wie das „Großenh. Tageblatt“ berichtet, aus dem ganzen Bezirke sehr zahlreiche Folge geleistet worden, jedoch der Saal nicht gefüllt war. Herr Amtshauptmann Kühn begrüßte die Erschienenen im Namen des Wohlfahrtsamtes der Amtshauptmannschaft auf das freundlichste und legte dar, daß es das erste Mal sei, daß der Bezirk gemacht werde, die

amtliche Wohlfahrtspflege organisatorisch in Verbindung zu bringen mit der freien Liebestätigkeit. Das Wohlfahrtsgesetz vom 30. Mai 1918 bilde den Rahmen für einen betriebligen Zusammenschluß. In den Städten und ebenso in Gemeinden mit starker industrieller Bevölkerung sei schon lange das Bedürfnis nach der Zusammenfassung der amtlichen und der freien Wohlfahrtspflege erkannt worden, während der Wohlfahrtspflege an sich auf dem platten Lande noch nicht das so nötige Interesse entgegengebracht werde. Die Landbevölkerung habe dem Problem der Wohlfahrtspflege mit gewisser Gleichgültigkeit gegenüberstanden; sie sei von dem Gesichtspunkte ausgegangen, daß, solange die iverische Not der Landbevölkerung nicht allzu stark in Erscheinung tritt, das Gebiet der Wohlfahrtspflege als weniger wichtig zu behandeln ist. In allen Landbezirken, so auch in Großenhain, zeigen sich aber Anlässe einer gewissen Tätigkeit auf dem Gebiete der freien Liebestätigkeit. Diese betätigt sich aber in der Hauptsache meist in örtlichen Grenzen, so daß sie sich im Rahmen der Gemeinde selbst abspielt, da sie jeder organisatorischen Zusammenfassung entbehrt. Es müsse offen ausgesprochen werden, daß diese Organe der freiwilligen Liebestätigkeit nicht das Verständnis haben, die Sympathie der breiten Masse des Volkes, vor allem derjenigen, die die Wohlfahrtspflege in Anspruch nehmen müssen, zu erringen. Es ist oft genug beobachtet worden, daß der wenig beachtete Teil es verstanden hat, alle Einrichtungen für sich in Anspruch zu nehmen, meist zum Nachteil der übrigen, sobald die Bedürfnisse, zugleich aber Bedürfnisse, der Geschädigten war. Dadurch entstand schließlich eine gewisse Abneigung gegen all das, was unter den Begriff Wohltätigkeit, Wohlfahrt fiel. Den Gründen hierfür nachzugehen, sei heute nicht die Aufgabe. Heute geht es vielmehr, das Gebiet der Wohlfahrtspflege und der freien Liebestätigkeit zusammenzufassen. Mit zunehmender Not werde sich auch das Verhältnis auf dem Lande verschoben, das Bedürfnis nach ausgebreiteter Fürsorge werde dann auch auf dem Lande hervortreten. Mit dem Bedürfnis nach weitgehender Fürsorge gehe das Bedürfnis nach weitgehender Aufklärung über das Wesen oder die Art der Wohlfahrtspflege im allgemeinen Hand in Hand. Auch hierzu gibt das Gesetz den Rahmen. Von der Jugendpflege ausbauen beginnend und zusammenfassend zu einheitlichem Werke, das letzten Endes gekrönt werden soll durch das Hilfswort für die Alten, die Sozialrentner, für alle diejenigen, die keinen Rentenbezug zu erwarten haben, die keinen Gewerbebetriebe, die nicht versicherungspflichtig sind, auch auf keine Vermögensrente zu rechnen haben. In die Wohlfahrtspflege greift ein die Säuglingsfürsorge, die Kleinkinderpflege, der Mutterchutz, Stillmütter, Erholungsheim-Fürsorge für Kinder, Alter und alleinstehender Personen. Diesen Aufgaben gerecht zu werden, könne nicht allein der amtlichen Wohlfahrtspflege obliegen, sondern es seien dazu alle Kräfte des Volkes berufen. Hier handelt es sich um ein rein neutrales Gebiet, bei dem sich in der Mitarbeit alle Schichten des Volkes, welcher Weltanschauung der eine oder andere auch angehört, zusammenfinden sollten zu dem gemeinsamen großen Werke, den Hilfsbedürftigen zu helfen nach Kräften und nach Möglichkeit. Wenn diese erste Zusammenkunft nur ein ganz klein wenig die gegenseitigen Anschauungen näher zusammenführe, so sei schon ihr Zweck erreicht.

Nach den Eröffnungsworten ersticht die erste Referentin Frau Landtagsabgeordnete Prof. Eva Büttner das Wort. Diese behandelte in einleitendem Vortrag das Thema: „Amtliche und freiwillige Wohlfahrtspflege“. Die Vortragende leitete ihre Darlegungen ein mit dem Hinweis, daß sie wohl wisse, vor Vertretern verschiedenster Weltanschauungen und verschiedenster Stände zu sprechen, doch für jeden Menschen müsse als höchstes im Menschenleben gelten die hilfreiche Tat. Die gegenseitige Hilfe führe zur höchsten Entwicklung der Menschen. Mit keinen Mitteln lasse sich nicht helfen, es müssen die Wirtschaftseigenen erachtet werden, obneben ist in das Chaos des Wirtschaftslebens keine neue Ordnung in der ganzen Welt zu bringen. Es sei kein Neuland, was bearbeitet werden solle, eine lange Entwicklung sei vorausgegangen, wir ständen in der Wohlfahrtspflege auf den Schultern früherer Generationen. Die Vortragende verwies auf die Gesetze der Juden, auf die Gesetzgebung der Griechen, der Römer, in der das Recht der Armen anerkannt war. Auch das Christentum mit seiner mehr nach innen gerichteten Wohltätigkeit ist die Grundlage der neuzeitlichen Wohlfahrtsbestrebungen, nur sei da die staatliche Fürsorge bei Seite gelassen, es werde zu viel dem guten Herzen überlassen. Auf Einzelheiten ihres Themas eingehend, führte die Vortragende aus, daß man mit dem Stande der Wohlfahrtspflege im Reiche durchaus nicht zufrieden zu sein brauche. Wohl bewege sie sich in der Richtung, wie sie gewünscht werde, aber in der Durchführung lasse sie noch viel zu wünschen übrig. Es fehle noch an einem großen Rahmengesetz, das alle die Träger der Wohlfahrtspflege zusammenfaßt zu einer einheitlichen Regelung des gesamten Wohlfahrtswesens für das Deutsche Reich. Das Reich zähle die Wohlfahrtspflege nicht zu den lebensnotwendigen Bedürfnissen, obwohl dem entgegengehalten sei, daß es kein notwendigeres Bedürfnis gibt, als die Menschen gesund zu erhalten von Geburt bis zum Alter. Das ist nicht einfach charitative Fürsorge, sondern Kulturpolitik, Ausbau. Das Reich hat für diese Zwecke gewisse Mittel bewilligt, aber lange nicht genug. Das erste praktische Werk, was geschaffen wurde, ist das Jugendfürsorgegesetz. Dieses muß den Ausgangspunkt bilden, um die Jugendwohlfahrt im ganzen Reiche zu umfassen. Um die Armenfürsorge und das Fürsorge-Versicherungswesen inhaltlich zusammenzufassen, müssen die Generalkommissionen mit großen Mitteln eingreifen, ebenso der Staat, das Reich. Auch für die nächste Zeit werden für solche Zwecke keine großen Mittel vom Reiche zur Verfügung gestellt werden können, das werde schon unzulässig durch die Bestimmungen des Friedensvertrages von Versailles. Eine erfreuliche Tatsache ist es, daß die Fachleute der Meinung sind, daß die Art, wie in Sachsen die Wohlfahrtspflege aufgezogen ist, die voranschreitendste im ganzen Reiche sei. Durch die Verordnung vom 4. Februar 1919 wurde die große Organisation geschaffen, durch die Sachsen in Pflegebezirke eingeteilt worden ist. Es sind deren 111, darunter 29 Bezirks-Verbände, 9 bezirksfreie Städte, einige Gemeindeverbände, ein Landgemeindevorstand. Das sind die eigentlichen organischen Träger der Wohlfahrtspflege, die weiter ausgebaut werden müssen. Innerhalb der Pflegebezirke sind das Hauptorgan die Bezirks-Vereine. In jedem Bezirk befindet sich eine, wenn mehrere angestellt werden können, um so besser. Auf die Persönlichkeit der Bezirksvereinerin komme es sehr viel an. Ihre ganze Betätigung, die viele äußerliche Anstrengung mit sich bringt, muß wirklich von sozialem Geiste getragen sein. Für die vielseitige Arbeit der Bezirksvereinerin müsse die Unterstützung durch die Körperschaft noch mehr als bisher herangezogen werden, ob amtlich oder als freiwillige Hilfe, bleibe dahingestellt. Bei den schwereren gesundheitlichen Fragen müsse sie gehört werden. Das Amt einer Wohlfahrtsvereinerin richtig zu verwahren, sei wertvolle Kräfte und Erfahrungen, viel Wissen und Kenntnisse voraus. In Sachsen sind jetzt drei Stellen vorhanden, an denen die Ausbildung von Wohlfahrtsvereinerinnen erfolgt. Auch Persönlichkeiten aus dem Volke, die gewissen Kreisen sehr nahe stehen, soll der Zugang zu dieser Tätigkeit nicht abgelehnt werden. **Kohals**

Ich kaufe und zahle für

Meyers Lexikon	60 000
6. Auflage, 24 Bände	
Brehms Tierleben	30 000
4. Auflage, 18 Bände	

A. Schumann's Verlag
Leipzig, Königstrasse 23.

